

LANDTAGS NACHRICHTEN

21. April

3 / 2016

www.landtag-mv.de



+++ Statement gegen Fremdenhass +++ Gleichstellung von Männern und Frauen +++ Milchvermarktungsplattform
+++ Ökologischer Landbau +++ Quecksilber-Grenzwerte für Kohlekraftwerke +++ Petitionsbericht 2015 +++
Altenparlament +++ Schlossgespräch: Kulturtourismus in Welterbestätten +++ Landesfinale „Jugend debattiert“



Titelfoto (Uwe Sinnecker): „Der Frühling zündet die Kerzen an“ am Schweriner Schloss

3	Gastkolumne	Nele Hameister (Studentin Universität Greifswald) zum Thema Dialog der Generationen und Integration
4 – 14	AUS DEM PLENUM	
4 – 5	Aktuelle Stunde	„Übergriffe auf Flüchtlinge sind Schande für das ganze Land“
6 – 13	Berichte	Erste Lesung des Gesetzentwurfes zur Reform des Gleichstellungsrechts Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels begegnen – Gründung einer gemeinsamen Milchvermarktungsplattform Mecklenburg-Vorpommern – Spitzenposition des ökologischen Landbaus in Deutschland weiter ausbauen Investitionsprogramm „Barrierefreies Bauen 2017 – M-V für alle“ Quecksilber-Grenzwerte für Kohlekraftwerke
14	Weitere Beschlüsse	Landeskatastrophenschutzgesetz Architekten- und Ingenieurgesetz Psychischkrankengesetz Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz Schwangerschaftskonfliktgesetz und Landespersonenstandsausführungsgesetz Krebsregistrierungsgesetz Klimaschutzgesetz Immunitätsangelegenheiten Serie Landtagswahl / Teil 3: Wie wird gewählt?
15 – 17	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Petitionsausschuss:</i> Tätigkeitsbericht 2015 – Interview mit dem Ausschussvorsitzenden Manfred Dachner <i>Europapolitik:</i> Sitzung der Arbeitsgruppe „Nachhaltiger Tourismus“ der Ostseeparlamentarierkonferenz
18 – 23	PANORAMA	Schweriner Schlossgespräch: „Erlebnis Welterbe – Kulturtourismus in Welterbestätten“ Selbstbestimmt leben – 9. Altenparlament M-V Kamingespräch - Jugendliche, Senioren und Flüchtlinge diskutieren mit Abgeordneten über Integration Landesfinale „Jugend debattiert“ Schlossgeschichte: Der Burggarten blüht auf
24	CHRONIK	

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Integration ist keine Einbahnstraße!

Am 18. März, einem Freitag, ab 16 Uhr öffnete die Villa Papendorf ihre Tore für den Kaminabend zum Thema Integration, einem gemeinsamen Projekt des Landesjugendrings, des Altenparlaments und des Landtages M-V.

Die 50 Stühle werden nach und nach besetzt. Langsam schwillt das Gemurmel ab. Ich schaue gespannt in die Runde und grinse unvermittelt. Jugendliche, Landtagsabgeordnete, Senioren und Geflüchtete sitzen durcheinander gewürfelt im Kreis und schauen mich erwartungsvoll an. Es soll keine moderierten Debatten geben, keine großen Vorträge oder Ergebnisse, sondern Raum und Zeit, um miteinander ins Gespräch zu kommen, um sich gegenseitig zuzuhören. Das ist zumindest meine Erwartung an die nächsten Stunden.

Ich finde, wir reden zu oft aneinander vorbei, hören nur, was wir hören wollen, oder sagen nur, was vermeintlich gehört werden will. Doch viel zu selten hören wir ganz ehrlich zu. Viel zu selten nutzen wir die wunderbare Gelegenheit, durch die Erzählung eines anderen Menschen die Welt mit seinen Augen zu sehen. Mit diesen Gedanken im Kopf streife ich durch die Villa und bin gespannt, ob es den Teilnehmenden, vor allem den Landtagsabgeordneten, gelingen wird, nicht nur zu sprechen, sondern auch zuzuhören.

„ Voneinander lernen, in ehrlicher Gegenseitigkeit. „

In den Räumen verteilt finde ich kleine Gruppen, die in angeregte Gespräche vertieft sind. Ich nehme mir Zeit, den Gesprächen zuzuhören.

Im Wintergarten erhasche ich ein paar Sätze der Geschichte eines Geflüchteten, dem unter anderen zwei Seniorinnen gespannt lauschen. Sie nutzen die Gelegenheit, all ihre Fragen loszuwerden. In der Küche wird über die Situation an der mazedonischen Grenze diskutiert. In den Sesseln am Kamin ergibt der Erfahrungsaustausch über laufende Integrationsprojekte, dass das ehrenamtliche Engagement durch die bürokratischen Strukturen oft eher behindert als gefördert wird. In dem olivgrün gestrichenen Raum sitzt eine größere Runde und diskutiert, was gelingende Integration bedeutet.

„Integration ist keine Einbahnstraße“ Dieser oft gehörte Satz steht auf einem Plakat. Aber heute berührt er mich. Die Sache mit der Einbahnstraße gilt nicht nur für die Integration,



Foto Andrus Krečka

Nele Hameister studiert Psychologie an der Universität Greifswald, nahm mehrfach am Projekt „Jugend im Landtag“ teil und engagiert sich ehrenamtlich im Demokratiebahnhof Anklam. Am 18. März moderierte sie den Kaminabend in Papendorf bei Rostock.

sondern für jede Art der zwischenmenschlichen Interaktion – es geht um das Miteinander und Voneinander. Wir müssen aussprechen und auch dafür einstehen, was wir brauchen und uns wünschen – aber wir sollten auch zuhören und ernst nehmen, was andere Menschen sagen und wofür sie kämpfen. Dann kann ein konstruktives Gespräch beginnen. Dann können wir argumentieren und hinterfragen, und mit Hilfe vieler Erfahrungen, Blickwinkel und Ideen neue Wege finden, die viel schöner und besser sind, als die, die wir allein finden könnten.

Dass ich mit dieser Überzeugung nicht allein bin, macht mir ein Teilnehmer klar. Am Ende des Abends bedankt er sich vor der versammelten Gruppe. Er habe so viel Neues erfahren dürfen und ihm sei klar geworden, dass es genau darum geht: Voneinander zu lernen, in ehrlicher Gegenseitigkeit. Wir dürfen nicht nur Ansprüche stellen und Anpassung erwarten, wenn wir gelungene Integration anstreben. Wir müssen auch bereit sein, Neues zu lernen und unsere Blickwinkel zu ändern. Und das geht nur, wenn wir endlich anfangen, zuzuhören.

Weder Integration, noch Bildung, noch Politik sollten Einbahnstraßen sein. Jahrelange Erfahrung kann zu Tunnelblick und Scheuklappen führen. Der junge stürmische Drang nach Veränderungen kann von schon Erfahrenem und Erlerntem profitieren. Dieses gegenseitige Inspirieren stelle ich mir unter einem Dialog der Generationen vor.

Ich glaube nicht an ein zu erreichendes Ende oder festgelegtes Ziel, ich glaube an immer andauernde Lern- und Entwicklungsprozesse, keine Sackgassen.

Vor allem aber sind Abende wie heute nur Anfänge. Wir haben uns zugehört, die Blickwinkel gewechselt, neue Möglichkeiten entdeckt und Ideen entwickelt. Nun darf es nicht dabei bleiben.

Nele Hameister

Klares Statement gegen Fremdenhass

Landtag verurteilt Gewalt und Hass gegenüber Flüchtlingen

Pöbeleien und Straßensperren gegen ankommende Flüchtlinge im sächsischen Clausnitz, jubelnde Schaulustige beim Brand eines geplanten Flüchtlingsheims in Bautzen – Übergriffe wie diese machten bundesweit Schlagzeilen und waren mit Anlass für den Landtag, sich am 9. März einmal mehr mit dem Thema Fremdenhass zu befassen. Die Fraktion DIE LINKE hatte das Thema „Übergriffe auf Flüchtlinge sind Schande für das ganze Land“ für die Aktuelle Stunde benannt. Ein von den Linken zuvor initiiertes gemeinsames Antragsverfahren aller demokratischen Fraktionen war nicht zustande gekommen, weil die CDU darin auch eine schnellere Abschiebung von Flüchtlingen ohne Bleiberecht festschreiben wollte. Das wiederum hätte aus Sicht der Linken in solch einem Antrag „nichts zu suchen“.

Fotos: Uwe Sinnecker



Helmut Holter (DIE LINKE)

„Brennende Unterkünfte, wo Flüchtlinge einziehen sollen oder bereits wohnen, sind nichts anderes als Faschismus, Fremdenhass und Rassismus“, unterstrich **Helmut Holter**, Fraktionsvorsitzender der Linken. Seine Fraktion thematisierte die Übergriffe in der Aktuellen Stunde, um „unmissverständlich“ klarzustellen: „Wir haben nichts gemein mit denen, die Misstrauen, Zwietracht und Hass verbreiten.“ Er bedauerte, dass es nicht gelungen sei, den von seiner Fraktion initiierten gemeinsamen Antrag in den Landtag einzubringen. „Das liegt in der alleinigen Verantwortung der CDU. Ich halte das für eine Fehlentscheidung.“ Attacken wie in Clausnitz und Bautzen seien nicht nur in Sachsen ein großes Problem, machte Holter deutlich. Bundesweit habe sich die Zahl von 2014 zu 2015 auf 924 erhöht – und damit binnen eines Jahres verfünffacht. Angesichts dieser „erschreckenden Statistik“ frage er sich: „Ist das mein Deutschland? Gibt es bald wieder Pogrome?“ Natürlich dürfe nicht verschwiegen werden, dass auch Flüchtlinge Straftaten begingen, die ebenfalls „mit aller Konsequenz“ zu bestrafen seien. „Wir dürfen aber nicht zulassen, dass Rechtsextremisten das Bild verzerren und so tun, als bräuchten die Flüchtlinge die Kriminalität nach Deutschland.“

„Brandanschläge auf Flüchtlinge, Körperverletzungen, Bedrohungen, Einschüchterungsversuche gegenüber Abgeordneten, Anschläge auf deren Büros – das ist eine gefährliche Entwicklung, die unterstützt wird durch eine neu entstandene lautstarke, aggressive Rechte, deren schlimmste Vertreter offen zur Gewalt aufrufen. Dem müssen wir entschlossen entgegentreten“, mahnte Ministerpräsident **Erwin Sellering**. Die Flüchtlingspolitik sei ein Thema, bei dem es „nicht nur schwarz und weiß, sondern viel dazwischen“ gebe. „Die Grenze, was man sagen und wofür man vehe-



Ministerpräsident Erwin Sellering

ment eintreten darf, ist sehr weit.“ Sie sei aber auch „klar und scharf“ gegenüber denen, die ihrem Fremdenhass mit Hetze und Straftaten freien Lauf ließen. „Da kann es kein Verständnis geben, sondern nur den Einsatz der Staatsmacht und eine möglichst rasche strafrechtliche Verfolgung.“ Sellering forderte, in der Flüchtlingspolitik „einen klaren Kurs“ zu halten. Dazu gehöre sowohl, Schutzbedürftigen weiterhin Schutz und Integrationsmöglichkeiten zu bieten, als auch die Zuwanderung nach Deutschland zu verringern. Die Themenwahl der Linken verstehe er als „Angebot der Gemeinschaft“ an die vier demokratischen Fraktionen. „Lassen Sie uns bei allen unterschiedlichen Einschätzungen in einzelnen Sachfragen diese Gemeinschaft bewahren und uns in dieser schwierigen Zeit der großen gemeinsamen Verantwortung bewusst sein.“



Maika Friemann-Jennert (CDU)

Maika Friemann-Jennert (CDU) verteidigte die Haltung ihrer Fraktion gegenüber dem gemeinsamen Antrag. „Wir wollen ihn nicht so einseitig orientiert stehen lassen, wie es jetzt durch den Titel der Aktuellen Stunde nach außen kommuniziert wird.“ Selbstverständlich seien Übergriffe auf Flüchtlinge und deren Unterkünfte auch für die CDU

„inakzeptabel“. Ihr wäre es aber wichtig gewesen, dass ein solcher Antrag „alle Facetten der Thematik umfasst“. Nur „Willkommen“ zu sagen, reiche nicht aus. „Die nachvollziehbare Angst der Menschen vor der Veränderung, die ein Zusammenleben mit Flüchtlingen mit sich bringt“, dürfe nicht ausgeblendet werden. Ebenso wenig, dass die hiesige Rechts- und Werteordnung auch für ausländische Staatsbürger gelte. Diese „allumfassende Betrachtung“ hätten die Linken allerdings nicht gewollt. Dass sie das Thema nun „im Alleingang“ bringen würden, sei vorhersehbar gewesen. Die Christdemokratin warf den Linken vor, dabei den Eindruck zu erwecken, Deutschland sei per se ausländerfeindlich. Die große Hilfsbereitschaft der Menschen bei der Aufnahme von Flüchtlingen werde völlig ignoriert und mit dem gewählten Titel „diffamiert“. „Das erzeugt Wut und Unverständnis und ist der Nährboden für mehr Angst und weitere Übergriffe.“



Jürgen Suhr (B' 90/DIE GRÜNEN)

„Ich habe den Antrag der Linken sehr genau gelesen“, konterte **Jürgen Suhr**, Fraktionsvorsitzender der Grünen. Von „pauschalen Vorwürfen der Ausländerfeindlichkeit“ habe darin nichts gestanden. Die habe Frau Friemann-Jennert in den Antrag „hineinkonstruiert“. Er bedauere es „zutiefst“, dass der gemeinsame Antrag nicht zustande gekommen sei. „Für Hetze und Gewalt gibt es keine Rechtfertigung. Jeglicher Form von Rassismus müssen wir eine unmissverständliche Absage erteilen.“ Im vergangenen Jahr habe der Beratungsverein für Betroffene rechter Gewalt in M-V 130 rechte Gewalttaten mit 220 betroffenen Menschen registriert. Eine Bilanz, „die in ihren Ausprägungen so drastisch ist, wie nie zuvor“. Die Gewalttaten hätten sich nicht nur gegen Flüchtlinge gerichtet, sondern auch gegen diejenigen, die sich für

sie engagierten. Suhr pflichtete Ministerpräsident Sellowitz bei, dass man „selbstverständlich“ mit denjenigen, die durch die Flüchtlinge verunsichert seien, „intensiv“ in Dialog treten müsse. „Aber bevor ich das tue, erwarte ich von genau denen eine ausdrückliche Distanzierung von Gewalt und Hetze. Dann haben wir eine Grundlage zu reden.“



Dagmar Kaselitz (SPD)

„Es macht mich betroffen, wie gering die Hemmschwelle geworden ist, sich an Übergriffen zu beteiligen“, sagte **Dagmar Kaselitz** (SPD). „Es macht mich betroffen, dass Menschen Beifall klatschen, wenn Häuser brennen. Es ärgert mich, wenn Opfer beschimpft werden und Täter ihrer gerechten Strafe entgehen oder die Öffentlichkeit über die Aufklärung, Verurteilung und Straftaten nur selten informiert wird.“ Sie habe jedoch auch „große Hoffnung“, dass das Engagement der vielen Menschen, die sich haupt- oder ehrenamtlich für Flüchtlinge einsetzen, dazu beitrage, „Tatsachen zu erkennen und Hintergründe zu erklären“. Allein schon vor diesem Handeln sei nicht haltbar, dass das ganze Land Schande auf sich geladen hätte. Aus ihrer Sicht liege in der aktuellen Zuwanderung auch eine große Chance: „Gerade jetzt lernen wir unsere demokratischen Errungenschaften und unser Gemeinwohl ganz neu zu schätzen. Wir erkennen, wie wir selber mitreden und mitgestalten können, auch auf politischer Ebene“, so Kaselitz. Sie warb darum, die Gespräche nicht abreißen zu lassen. Das helfe, „Mechanismen der Ausgrenzung zu entlarven“ und „eine Radikalisierung zu verhindern“.

Die NPD-Fraktion hatte für die Aktuelle Stunde keinen Redner benannt.



Auf der Besuchertribüne verfolgten Zwölftklässler von der Schweriner Integrierten Gesamtschule „Bertolt Brecht“ die Aktuelle Stunde.

Fotos: Uwe Sinnecker

Zu wenige Frauen in Führungsjobs

Landtag debattiert zwei Entwürfe für ein neues Landesgleichstellungsgesetz

Seit 22 Jahren gibt es in Mecklenburg-Vorpommern ein Gleichstellungsgesetz für den öffentlichen Dienst des Landes. In den Chefesseln von Ministerien und Landesbehörden sind Frauen allerdings nach wie in der Minderzahl. Auch das ist ein Grund, warum die Landesregierung das Gesetz überarbeitet hat. Letztlich sollen die Änderungen aber Frauen und Männern in allen Hierarchien zugutekommen und die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege verbessern. Den Linken gingen die Änderungen nicht weit genug. Sie brachten deshalb einen eigenen Gesetzentwurf ein. Dieser sieht unter anderem vor, Gleichberechtigung nicht nur auf den öffentlichen Dienst zu beschränken. Beide Entwürfe wurden in einer verbundenen Aussprache diskutiert. Während die Gesetzesnovelle Regierung zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen wurde, lehnten SPD, CDU und NPD das für den Gesetzentwurf der Linken ab. Dieser muss nun nach spätestens drei Monaten zur zweiten Lesung wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden.

„Die Koalitionsvereinbarung von 2011 hat das erklärte Ziel, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen“, erinnerte Gleichstellungsministerin **Birgit Hesse**. In Teilen sei das bereits gelungen. So gehörten der Regierung je drei Ministerinnen und Staatssekretärinnen an. Auf der Führungsebene dahinter sei der Frauenanteil seit 2012 von 18 auf über 30 Prozent geklettert, in der mittleren sogar auf 40 Prozent. „Das sind echte Erfolge“, so die Ministerin. Die angestrebte Quote betrage jedoch 50 Prozent. Das zu erreichen, sei „kein Selbstläufer“. Die Gesetzesnovelle setze daher „konsequent“ das Streben nach mehr Chancengerechtigkeit fort. Dabei gehe es jedoch keineswegs allein um mehr weibliche Führungskräfte. „Ein ganz wichtiger Punkt“ sei auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. „Chancengleichheit kann es nur dann geben, wenn das kein Frauenthema bleibt.“ Der Entwurf der Linken gehe hingegen an der Realität vorbei. Die Gründe, die Frauen aus der Politik fernhielten, lägen nicht im Wahlgesetz, sondern „in der Art und Weise, wie Politik vor Ort funktioniert“. Daten nach Geschlechtern zu trennen, bringe „mehr Bürokratie als Aussagekraft“. „Ihr Änderungsgesetz wird vom Entwurf der Landesregierung da überholt, wo die Lebenswirklichkeit es nicht schon getan hat.“ Der Regierungsentwurf erreiche dagegen ein Niveau, „das auch die Wirtschaft zur Nachahmung anreizt“.

„Ihr Gesetzentwurf richtet sich nur an einen kleinen Teil der Bevölkerung in unserem Bundesland“, konterte **Peter Ritter** (DIE LINKE), der den Gesetzentwurf seiner Fraktion ein-

brachte. „Wir wollen ein Gesetz, das über den öffentlichen Dienst hinausgeht und die Gleichstellung in der gesamten Gesellschaft voranbringt.“ Dafür reiche es nicht, lediglich das Gleichstellungsgesetz zu novellieren. Für „ein realistisches Abbild der sozialen Realität“ und daraus resultierende Maßnahmen müsse die Landesstatistik künftig Daten nach Frauen und Männern getrennt erheben. Er warb außerdem darum, Wahllisten zu gleichen Teilen mit Männern und Frauen zu besetzen, um den Frauenanteil in den Parlamenten zu erhöhen. „Und auch im Landesvergabegesetz könnten soziale Kriterien zur Förderung der Gleichstellung verankert werden.“ Erst in diesem Zusammenspiel werde das Gleichstellungsgesetz „tatsächlich wegweisend für Chancengleichheit und Vereinbarkeit“. Die Landesregierung lasse zudem unberücksichtigt, dass „Familie“ heute viel mehr bedeute „als die im rechtlichen Status der Ehe verankerte Mutter-Vater-Kind-Konstellation“. Auch deshalb sei der Entwurf der Großen Koalition, für den es auch noch vier Jahre Zeit gebraucht habe, für ihn „kein Reformgesetz“.

Nach Ansicht von **Maika Friemann-Jennert** (CDU) ist Mecklenburg-Vorpommern gegenüber anderen Bundesländern beim Thema Gleichstellung „ein Stück voraus“. Denn: „Wir haben klare Regelungen in unserer Landesverfassung, und zwar in Artikel 13.“ Bei der Umsetzung habe es in den letzten Jahren bereits Fortschritte gegeben. „Mittlerweile ist jede vierte Abteilungsleiterstelle in den Ministerien mit einer Frau besetzt. Und da geht sicherlich noch mehr.“ Am meisten hapere es jedoch an der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Hier müsse die Arbeitswelt noch „umdenken“. „Der vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung bildet eine gute Grundlage, um den grundsätzlichen Anforderungen gerecht zu werden.“ Er umfasse die wichtigsten Aspekte zum Thema Gleichstellung und sei deshalb eine gute Diskussionsbasis für den Sozialausschuss. „Ich bin mir sicher, dass in der Anhörung mit Fachexperten konstruktive Beratungen geführt werden.“ Der Gesetzentwurf der Linken gehe hingegen „an dem vorbei, was für Mecklenburg-Vorpommern wichtig ist“. „Im Sozialausschuss können Sie gern Ihre Ideen einbringen. Ich sehe eine Änderung des Statistikgesetzes, des Landes- und Kommunalwahlgesetzes und des Vergabegesetzes in diesem Zusammenhang aber nicht für notwendig an.“

Zu sagen, dass sich M-V bei der Gleichstellung auf einem „zeitgemäßen Niveau“ befinde, „ist immer eine Frage der Perspektive“, warf **Silke Gajek** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) in Richtung Ministerin Hesse ein. „Ich denke, hier ist noch einiges machbar.“ Frauen gehe es schließlich gar nicht immer um Führungspositionen. Gleichstellungspolitik sollte sich deshalb bemühen, „auf allen Ebenen eine Parität herzustellen“, und sich auch fragen, „wie Männer in Berufe kommen können, die zurzeit eher weiblich sind“. „Im Grunde genommen sollten wir vielleicht irgendwann einmal auch Männerförderprogramme haben.“ Der Gesetzentwurf der Landesregierung sei ein „Verschlimmbesserungsgesetz“, kritisierte sie. „Klare Errungenschaften sucht man darin vergeblich.“ Auch die 50-Prozent-Klausel enthalte nur „schwammige Formu-



Foto: Landtag M-V

Azubis der Landtagsverwaltung mit Parlamentspräsidentin Sylvia Bretschneider und den Ausbilderinnen Kerstin Dommack, Dörte Strampe und Marcella König. Zurzeit absolvieren im Landtag fünf Frauen und vier Männer ihre Ausbildung.

lierungen“. Anders als die Koalitionsfraktionen halte sie den Antrag der Linken durchaus für berechtigt. Sie bedauere die ablehnende Haltung von SPD und CDU. „Ich hätte mir gewünscht, dass das Gesetz mit überwiesen und ganz sachlich diskutiert wird, welche Punkte daraus perspektivisch umgesetzt werden könnten.“

Das Gleichstellungsgesetz sehe vor, Frauen bei gleicher Eignung bevorzugt einzustellen. „Schafft die Landesregierung damit aber nicht gleich wieder Ungerechtigkeiten?“, stellte **Stefan Köster** (NPD) in den Raum. Gleichstellung liege demnach dann vor, „wenn das eine Geschlecht besser und das andere schlechter gestellt wird“. Den Entwurf der Linken lehne seine Fraktion ebenfalls ab. „Sie verdeutlichen darin, dass es Ihnen nicht um die Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung von Frauen und Männern geht, sondern in allen Bereichen mit staatlichem Einfluss die Gegebenheiten grundlegend verändern zu wollen.“ Der Ansatz, über eine Änderung des Landes- und Kommunalwahlgesetzes den Frauenanteil im Landtag zu erhöhen, „legt die Verfassungswidrigkeit Ihrer Partei offen“. Dass immer häufiger beide Eltern Vollzeit arbeiten müssten, um den Lebensunterhalt zu bestreiten, komme einer „Verstaatlichung von Familien“ gleich und trage zur Entfremdung von Eltern und Kindern bei. „Das habe ich Ihnen schon 2012 vorgehalten.“ Seine Fraktion lehne beide Gesetzentwürfe „konsequent“ ab.

Martina Tegtmeier (SPD) richtete den Blick zunächst nach Schweden. Dort seien Führungsjobs in Verwaltung und Wirtschaft zu 30 Prozent mit Frauen besetzt, sagte sie. „Und viele verdienen sogar mehr als ihre männlichen Kollegen. Das ist eine Botschaft, die man gern hört – und mit etwas Neid.“ Ja, der Gesetzentwurf der Landesregierung gelte nur für die öffentliche Verwaltung auf Landesebene. „Das

kann man als Schwachstelle sehen.“ Dazu müsse man aber wissen, dass die kommunalen Spitzenverbände eine Einbeziehung gar nicht gewünscht hätten. „Ganz besonders wichtig sind für mich an diesem Gesetz die Regelungen zur Teilzeitarbeit, zur Telearbeit, zum Arbeitsplatzwechsel, zu dienstlichen Besprechungen und Dienstreisen, weil sie sich ausdrücklich auch auf die Führungsebenen beziehen. Das halte ich für einen großen Fortschritt.“ Natürlich könne man nicht immer allen Wünschen gerecht werden. Die Kritik an der Regierungsnovelle halte sich aber in Grenzen. Auch deshalb, weil Frau Hesse alle Beteiligten immer einbezogen habe. Das Gesetz sei daher ein „sehr gutes“ und „wesentlich weitergehender“ als das der Linken. „Gleichwohl hätte ich nichts dagegen gehabt, deren Entwurf mit zu überweisen.“

„Wir wollen mit unserem Gesetzentwurf an der ein oder anderen Stelle Verbesserungen erreichen“, fasste **Peter Ritter** (DIE LINKE) im Rahmen der Aussprache noch einmal das Ansinnen seiner Fraktion zusammen. „Wenn Sie einer Überweisung nicht zustimmen, können Sie mir glauben, dass die Anzuhörenden im Ausschuss von mir einen netten Brief bekommen“, sagte er an SPD und CDU gewandt. Dem werde er den Gesetzentwurf seiner Fraktion beifügen, mit der Bitte um Beachtung. „Dann bin ich mal gespannt, wie die Bewertung der Anzuhörenden dazu ist. Und glauben Sie mir, es werden sich viele politisch Interessierte, die noch an den Parlamentarismus in diesem Land glauben, verwundert die Augen reiben, warum nur der Gesetzentwurf der Landesregierung überwiesen worden ist und Alternativen wie immer beerdigt werden.“

*Gesetzentwurf Landesregierung Drucksache 6/5189
Gesetzentwurf DIE LINKE Drucksache 6/5198*



Beim ökologischen Landbau ist M-V neben Brandenburg bundesweit Spitze.

Foto: Jens Büttner

Mehr Öko im Landbau

Antrag der Koalitionsfraktionen stieß trotz Kritik auch bei Grünen und Linken auf Zustimmung

Der Landtag hat die Landesregierung aufgefordert, Landwirten mehr Anreize zu bieten, in den ökologischen Landbau einzusteigen. Im Mittelpunkt sollen eine bessere Ausbildung, Beratung, Vernetzung und Förderung stehen. Dass der ökologische Landbau ausgebaut werden müsse, darin waren sich SPD, CDU, Linke und Grüne einig. Beim Wie dagegen gingen die Meinungen auseinander. Am Ende stimmten trotz aller Kritik aber auch die beiden demokratischen Oppositionsfraktionen für den Koalitionsantrag. Damit sagt der Landtag gleichzeitig auch dem Landesprogramm „Ökokompetenz Mecklenburg-Vorpommern 2020“ seine Unterstützung zu.

„Mitte letzten Jahres gab es bei uns im Land mehr als 1.000 Betriebe in der Land- und Ernährungswirtschaft, die nach ökologischen Grundsätzen wirtschafteten“, sagte **Thomas Krüger** (SPD). Mit einer Fläche von 122.000 Hektar stehe M-V beim ökologischen Landbau neben Brandenburg bundesweit auf einem Spitzenplatz. „Erfolge sind aber immer nur eine Zwischenstation. Wir wollen noch besser werden“, begründete er den von seiner Fraktion initiierten Koalitionsantrag. Ein Ziel, das ausdrücklich nicht über „Öko-Zwangsquoten in Supermärkten oder Kantinen“ erreicht werden solle, sondern durch marktgerechtes Wachstum. Auf dem Weg dahin reichten manchmal schon kleine Aktivitäten aus. Beispielsweise, indem sich Hofladenbesitzer vernetzen, Produzenten regionaler Produkte und Gaststättenbetreiber als potenzielle Anbieter einander kennenlernen und stärker für mehr Öko geworben werde. Ein wichtiger Begleiter dabei sei das Landesprogramm „Ökokompetenz Mecklenburg-Vorpommern 2020“. „Wir müssen aber auch schauen, ob die Förderung noch marktgerecht ist.“ Eines sei für ihn jedoch sicher: „Der Weg hin zu mehr Öko in M-V ist auch ein Weg hin zu mehr Wertschöpfung in unseren ländlichen Regionen.“

Den ökologischen Landbau zu beherrschen, „ist die hohe Kunst der Agrikultur“, betonte Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus**. „Unsere Produzenten liefern in die gesamte Bundesrepublik und zum Teil auch deutlich darüber hinaus. In weiten Teilen sind wir Marktführer in Deutschland.“ Auch sein Bestreben sei es, das weiter auszubauen. Dem trage auch die Errichtung eines Kompetenzzentrums Rechnung. „Die Ausschreibung hat stattgefunden. Wir sind jetzt dabei, das Netzwerk aufzubauen, und werden mehr als 18 Millionen Euro für Beratungen und Entwicklungen zur Verfügung stellen.“ Das mache kein anderes Bundesland. Dass M-V „an der Spitze der Bewegung“ stehe, dürfe jedoch nicht über die Probleme hinwegtäuschen, die eine Ausweitung des Öko-Landbaus erschweren. Dazu zählten „mangelnde Produktivität, geringe Wertschöpfung pro Flächeneinheit, steigende Preise für Bodenpacht und -kauf und der Preisdruck im Lebensmittel-Einzelhandel“. Auch „den Wettlauf mit anderen Ländern“ um die höchste Prämie werde M-V nicht gewinnen. Denn den ökologischen Landbau kreditfinanziert voranzutreiben, lasse die Haushaltslage nicht zu. „Wir sollten deshalb alles darauf setzen, dass Qualität und effiziente Strukturen der Schlüssel zum Erfolg sind.“ Hierbei sei M-V „auf einem guten Weg“.

Für **Prof. Dr. Fritz Tack** von den Linken ist der Antrag „ein wenig zu unkonkret“. „Ein typischer Koalitionskompromiss eben.“ Dass der Anteil des ökologischen Landbaus erhöht werden und dabei marktgerecht wachsen müsse, sei „unstrittig“. Dazu brauche es keinen „extra Antrag“. „Seltsam“ sei zudem, „dass sich die Koalitionsfraktionen immer darauf beschränken, die Landespolitik zu begrüßen, die getroffenen Maßnahmen zu feiern und ein Weiter so! einzufordern“. Ungeachtet dieser Kritik werde seine Fraktion dem Antrag trotzdem zustimmen. „Auch wir fordern seit Langem eine weitere Ökologisierung der Landwirtschaft.“ Außerdem sei das Landesprogramm „Ökokompetenz Mecklenburg-Vorpommern 2020“ eine gute Sache. Um die darin gesteckten Ziele zu erreichen, müsse sich der ökologische Landbau hierzulande aber noch mehr auf die Bedürfnisse der hiesigen Verbraucher einstellen. Bislang könnten hiesige Öko-Bauern die steigende Nachfrage nach regionalen Bio-Erzeugnissen „nur ungenügend befriedigen“. Für die Linken bleibe die Ausweitung des ökologischen Landbaus daher auch im anstehenden Wahlkampf ein wichtiges Thema.

Die CDU stimmte nur bedingt in die Öko-Euphorie ein. Seine Fraktion stehe zur Koalitionsvereinbarung und unterstütze die Stärkung des ökologischen Landbaus in M-V, stellte **Burhard Lenz** (CDU) klar. Gleichwohl komme er nicht umhin, „etwas Wasser in den ökologischen Wein zu schütten“. Die Lage der Öko-Betriebe sei nämlich viel schlechter als oft dargestellt. Eine Analyse zeige, dass der Jahresgewinn je Arbeitskraft gut 3.000 Euro unter dem von vergleichbaren konventionellen Betrieben liege. „Rechnet man die Ökopremie raus, beträgt die Differenz fast 11.000 Euro.“ Der Wettbewerbsdruck sei „sehr hart“ und führe dazu, dass Vorgaben nicht eingehalten würden. Die Folgen spiegelten sich in Lebensmittelkandalen wider. Die Kehrseite des europäischen Öko-Ausbaus sei zudem weltweit zu spüren. „Um die Nachfrage in Europa zu bedienen, werden außerhalb Europas derzeit zirka 50 Millionen Hektar Anbaufläche belegt.“ Das führe zu „steigenden Preisen und Lebensmittelknappheit“ in den exportierenden Ländern. Nicht zu vergessen, dass auch Bio-Bauern toxische Pflanzenschutzmittel und Antibiotika einsetzen dürften. Daher sei es fraglich, ob es zum Wohl von Tieren, Umwelt und Landwirten beitrage, wenn die Ökoproduktion „um jeden Preis“ ausgebaut werde.

„Wenn Sie nach vielen Jahren Ihrer Koalitionsfraktionen jetzt endlich einen Antrag zum Ökolandbau formulieren, begrüßen wir das natürlich sehr und werden ihm auch zustimmen“, sagte **Dr. Ursula Karlowski** (B' 90/DIE GRÜNEN). „Wir sehen ihn als Produkt eines politischen Wettbewerbs, dem Sie sich stellen mussten, ob Sie nun wollten oder nicht.“ Nichtsdestotrotz lasse der Antrag inhaltlich zu viel offen. Statt sich eine „überprüfbare Zielmarge“ zu setzen, „verharren Sie im Ungefähr“. Die Entwicklung der ökologischen Fläche trete seit Jahren auf der Stelle. Dass M-V mit einem Flächenanteil von neun Prozent immer noch zu den führenden Bundesländern gehöre, sollte nicht das ausschlaggebende Maß sein. „Warum streben Sie nicht eine viel weiter gehende Ökologisierung an?“ Ihre Fraktion mache sich „seit Jahren“ für eine 20-Prozent-Marke stark. Erreichen ließe sich das aus ihrer Sicht durch ein „konsequentes Umsteuern“ des Subventionssystems, durch eine Stärkung des Bildungssektors und bessere Öffentlichkeitsarbeit. Für sie stehe die Landesregierung jedoch koalitionsbedingt „mit einem Fuß auf der Bremse“. Deshalb fehle es auch nach wie vor an einer Ausbildung zum Ökolandwirt, einer Professur für ökologischen Landbau und einer „identitätsstiftenden“ regionalen Vermarktung.

Die NPD erteilte dem Antrag eine Absage. „Alle hier von Ihnen aufgeführten Punkte stehen ja schon im Landesprogramm zur Stärkung des ökologischen Landbaus“, begründete **Stefan Köster** die Ablehnung seiner Fraktion. Außerdem würde der Antrag an der Situation der Bauern nichts ändern. Der „unglaubliche Preisdruck“ mache den Umstieg auf Öko-Anbau nicht leicht. Auf eine Ausweitung solcher Flächen werde der Markt zudem mit neuen Preissenkungen reagieren. Dass Gaststätten und Hotels mehr Bio-Produkte aus der Region verarbeiten, „ist ein sehr frommer Wunsch“. In einem „extrem hohen Konkurrenzkampf“ bestimme al-

lein der Preis, was im Warenkorb lande. „Ohne ein Umdenken der Verbraucher werden keine Veränderungen möglich sein.“ Eine „größere Wertschätzung der bäuerlichen Arbeit“ finde jedoch „an der Ladentheke ihre Grenzen“. Seine Fraktion bleibe daher bei ihrer „immer wieder vorgetragenen Fundamentalkritik“: „Ökologie und Ökonomie müssen eine Symbiose bilden. Der Endverbraucher muss es sich von seinem Lohn leisten können, die ökologische Landwirtschaft zu unterstützen.“

Antrag SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/5193

Initiative gegen niedrige Milchpreise

Land strebt Milchvermarktungsplattform an

Das Land sagt Lebensmittelketten den Milchpreiskampf an. Auf Antrag der CDU/SPD-Koalition beschloss der Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Linken, sich für die Gründung einer Vermarktungsplattform starkzumachen. Sie soll Milchbauern zu höheren Erzeugerpreisen verhelfen. Hintergrund ist das Preisdiktat des Einzelhandels. Die fünf großen Abnehmer Aldi, Edeka, Rewe, Real und Lidl vereinen 85 Prozent des Absatzes von Milchprodukten auf sich. Eine Marktmacht, die die bundesweit gut 77.000 Milcherzeuger beim Milchpreis deutlich zu spüren bekommen: Das Geld, das die Bauern für den Liter Milch erhalten, liegt deutlich unter den Kosten für die Herstellung. Die Folgen sind Verluste, Existenznot und Betriebsschließungen. Auch in M-V.

„Die dramatische Situation der milchviehhaltenden Betriebe ist allseits bekannt. Allein im vergangenen Jahr haben in unserem Land über 38 Unternehmen die Milchproduktion auf-

Foto: Jens Böttner



Die Bauern fordern höhere Milchpreise, um wirtschaftlich produzieren zu können.

gegeben“, sagte **Beate Schlupp** (CDU). Zwischen 26 und 27 Cent hätten Bauern für jeden Liter Milch erhalten. Mindestens 35 Cent müssten es jedoch sein, um kostendeckend zu produzieren, rechnete sie vor. „Auch in den jetzt anstehenden Preisverhandlungen spielt der Lebensmitteleinzelhandel seine Marktmacht wieder mit aller Härte gegenüber den Molkereien aus.“ Deshalb sei es nötig, Gegenmaßnahmen zu ergreifen und milchverarbeitende Unternehmen beispielsweise in einer Vermarktungsplattform zu bündeln. „Ein gemeinsames Auftreten der Molkereien in den Kontraktverhandlungen würde den tatsächlichen Milcherzeugungskosten der Landwirte besser als bisher Rechnung tragen.“ Das Problem sei jedoch, dass es bislang keine Einigkeit unter den wichtigsten milcherzeugenden Bundesländern gebe. „Allerdings ist Mecklenburg-Vorpommern ja schon öfter Vorreiter für wichtige Projekte gewesen“, erklärte Schlupp. Warum also nicht auch mit diesem Antrag?“

„Der Antrag allein wird es nicht richten. Er kann aber ein kleiner Schritt auf dem Weg aus der Milchkrise heraus sein“, pflichtete **Prof. Dr. Fritz Tack** (DIE LINKE) bei und kündigte die Zustimmung seiner Fraktion an. Die gegenwärtige Krise vordergründig dem Russland-Embargo oder der sinkenden Nachfrage in China zuzuschreiben, halte er für zu kurz gegriffen. Im Hinblick auf das Ende der europäischen Milchquote hätten viele Milcherzeuger „auch durch die Beratung und den Optimismus der Bauernverbände und Molkereien“ die Produktion ausgeweitet. „Überall in Deutschland und anderen europäischen Ländern wurde auf Export gesetzt, obwohl schon 2013 erste Anzeichen einer Überproduktion und eines Nachfragerückgangs zu erkennen waren.“ Jetzt herrsche „überall Ratlosigkeit“. Aus seiner Sicht müsse ein Umdenken stattfinden, das nicht den Export, sondern „die Befriedigung der Binnennachfrage und eine Qualitätssteigerung“ in den Vordergrund stelle. Tack appellierte an die Agrarministerkonferenz, nicht nur über eine gemeinsame Vermarktungsplattform zu beraten, sondern auch Umsteigeprogramme auf Biomilch und Hilfen für in Not geratene Betriebe in Erwägung zu ziehen.

„Hat vor einigen Monaten noch so mancher behauptet, es würde nur die Schwachen treffen, müssen wir heute feststellen, dass auch gut gemanagte Unternehmen an die Existenzbedrohung herangeführt werden“, unterstrich Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus**. In einem Betrieb mit 300 Kühen liege der Verlust, den die niedrigen Erzeugerpreise mit sich brächten, bei monatlich rund 27.000 Euro. Sollte sich die Situation nicht schnell entspannen, befürchte er im Sommer mehrere Insolvenzen. „Meine oberste Prämisse ist, Liquidität in die Betriebe zu bringen.“ So habe das Land im Dezember Unternehmen 380 Millionen Euro Ausgleich gezahlt. Bei aller Unterstützung machte er aber auch deutlich: „Die Preise für die Produkte müssen am Markt gemacht werden.“ Eine Vermarktungsplattform sei dabei zu begrüßen. Sie allein werde das Problem aber nicht lösen. „Wir müssen an das Vertragsrecht ran.“ Er bemängelte, dass Europa „keine wie auch immer geartete Initiative“ zeige, um der Milchkrise „Einhalt zu gebieten“, und sich auch die Landwirtschaft selbst

„wie immer nicht einig“ sei. „Der Berufsstand ist gut beraten, jetzt zusammenzuhalten und Lösungen anzubieten.“

„Wir haben uns hier immer wieder mit der Situation der Milchbauern beschäftigt. Trotzdem werde ich das Gefühl nicht los, wir drehen uns im Kreis“, kritisierte **Dr. Ursula Karlowski** von den Grünen. Anstatt die Milchmenge zu steuern, halte der Antrag „unbeirrt“ an der „wachsenden Überproduktion“, dem Hauptgrund für die Krise, fest. Von Europa mehr Krisenmanagement zu fordern, sei „natürlich nicht falsch“. Gefordert seien aber auch „heute, jetzt und hier Maßnahmen“. Dazu gehöre, die Andienungspflicht abzuschaffen und den Rohmilch-Preis bereits vor der Lieferung an die Genossenschaft auszuhandeln. „Es dürfte in Deutschland wohl einmalig sein, dass derjenige, der einen Rohstoff liefert, erst Wochen später erfährt, welchen Preis er dafür bekommt.“ Zentraler Punkt bei der Bewältigung der Krise bleibe für sie jedoch, weniger Milch zu produzieren und das mit einem Bonus zu belohnen. „Die Molkereien haben auf Kosten der Milcherzeuger große Rückstellungen gebildet. Davon können Programme zur Mengendrosselung eingerichtet werden.“

„Es ist richtig, dass die EU den Weltmarktpreis nur durch ein deutliches Zurückfahren der Produktion beeinflussen kann“, betonte **Stefanie Drese** (SPD). Ob das aber dauerhaft Preise stabil halte, sei ungewiss. Wenn Europa weniger Milch produziere, bekämen Australien, Neuseeland und die USA „wieder mehr Luft“. „Niemand weiß, ob nicht in diesen Staaten dann weiter investiert wird, die Weltmilchmenge damit erneut ansteigt und es wieder zu einem Preisverfall kommt.“ Die Entwicklungen in China, das „in großem Umfang“ seine eigene Milchproduktion aufbaue, würden den Milchmarkt ebenfalls verändern, auch in Richtung Russland, gibt sie zu bedenken. Die lang anhaltende Krise am Milchmarkt sei besorgniserregend. Auch deshalb sähen sich die Koalitionsfraktionen in der Pflicht, nach Möglichkeiten zu suchen, die die Marktposition der Milcherzeuger stärken könnten. Ihr sei bewusst, dass eine Milchvermarktungsplattform kartellrechtlich „sicher viele Fragen“ aufwerfe. „Dennoch wollen wir, dass sorgfältig geprüft wird, ob es einen rechtskonformen Weg gibt.“ Ziel müsse es sein, „die Marktteilnehmer auf Augenhöhe verhandeln zu lassen“.

„Lippenbekenntnisse zu den Folgen einer selbstverschuldeten Politik“ – so lasse sich der Antrag aus Sicht von **Stefan Köster** (NPD) zusammenfassen. Auch seine Fraktion habe immer wieder darauf aufmerksam gemacht, wie sehr die Milchbauern unter dem Preisdruck des Einzelhandels leiden. „Doch was kam von den Superdemokraten hier im Land? Nix! Die Politik hat ihre Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit an der Kleiderstange der Europäischen Union aufgehängt.“ Nun, kurz vor der Wahl, versprächen SPD und CDU den Landwirten „wieder das Blaue vom Himmel“. Was die Forderung aus dem Antrag bringe? „Man schwafelt sich die Taschen voll und schindet wieder Zeit.“ Zeit, die die Bauern im Land aber nicht mehr hätten. „Ihnen steht die Milch nicht mehr bis zum Hals, der Kopf ist in diesem Problemsog schon nicht mehr zu sehen.“ Anstatt die Probleme anzupacken, die mit der

Abschaffung der Milchquote vorhersehbar gewesen seien, habe Minister Backhaus sie „gekonnt ausgesessen“. „Sagen Sie den Beschäftigten und Unternehmern endlich, dass die Fesseln der EU-Bürokratie ein aktives Eingreifen der Politik verhindert.“

Antrag CDU/SPD-Koalition Drucksache 6/5191

Barrierefrei bauen

Linke scheitert mit Antrag für ein Investitionsprogramm

Die Linken haben sich im Landtag für ein Investitionsprogramm starkgemacht, das den Abbau von Barrieren in Einrichtungen des Gesundheits-, Bildungs-, Kultur- und Freizeitbereichs fördert. Dafür sollten ab 2017 drei Millionen Euro bereitstehen, finanziert aus Haushaltsüberschüssen. Anlass für den Antrag seien die Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“, Vorbild ein Förderprogramm in Sachsen. Die Grünen unterstützten die Idee. SPD, CDU und NPD sprachen sich dagegen aus. Somit wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Bei dem Programm gehe es nicht darum, Kommunen oder kommunale Einrichtungen zu fördern, machte **Regine Lück** (DIE LINKE) deutlich. „Vielmehr sollen Ärztinnen und Ärzte, Apothekerinnen und Apotheker, Therapeutinnen und Therapeuten bis hin zu Betreiberinnen und Betreibern von Kinos, Cafés und Restaurants einen Anreiz bekommen, vorhandene Gebäude barrierefrei erreichbar und nutzbar zu machen.“ Vielfach reichten dafür schon kleine Veränderungen wie eine Rampe, ein barrierefreies WC oder ein Audio-Guide-System. „Bei 220 Millionen Euro Überschuss im Landeshaushalt, einem Polster von 1,5 Milliarden Euro und etlichen Sondervermögen“ könne das Programm nicht am Geld scheitern. Mit drei Millionen Euro ließen sich „pro Jahr mindestens 120 Maßnahmen“ fördern. „Das ist nicht viel, setzt aber Akzente.“ Weil die Förderung von Privaten in diesem Falle der Allgemeinheit nutze, dürfte es nach Ansicht der Linkspolitikerin „nicht schwer sein“, dem Programm zuzustimmen.

„Sie versuchen hier Dinge auf den Weg zu bringen, die Sie in der Haushaltsdebatte nicht umsetzen konnten“, entgegnete Bauminister **Harry Glawe**. Für ihn gehöre der Antrag „zum Wahlprogramm der Linken“, aber „zurzeit nicht zum Arbeitsprogramm der Großen Koalition“. Diese habe nämlich schon „ganz entscheidende Dinge vorgebracht“. Ob Städtebau- und Wohnraumförderung oder EFRE-Mittel für soziale Infrastruktur – die baulichen Belange von Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt seien, würden bereits in vielen Fördermaßnahmen berücksichtigt. Allein an Städtebaufördermitteln stünden in diesem Jahr insgesamt 52 Milli-

Foto: Jens Böttner



Enrico Kloss demonstriert im Schweriner Schlossmuseum die Nutzung eines Treppenliftes.

onen Euro von Bund und Land bereit. Geld, das auch private Bauherren zur Umsetzung von Barrierefreiheit in Anspruch nehmen könnten. Nicht zu vergessen die Novellierung der Landesbauordnung, die nun präzisere Regeln für barrierefreies Bauen enthalte. All das mache den Antrag der Linken „zurzeit überflüssig“, so der Minister. Perspektivisch werde sich die Landesregierung einer neuen Diskussion aber nicht verschließen. „Wir sind optimistisch, dass wir im September weiter das Sagen haben. Dann können wir ja weiter diskutieren.“

Rainer Albrecht (SPD) sieht die Forderungen, die die Linken ihrem Antrag zugrunde legen, ebenfalls bereits „erfüllt“. Dafür stünden allein fünf Städtebauprogramme Pate, denen in diesem Jahr insgesamt 68 Millionen Euro zugrunde lägen. Zudem halte die Wohnraumförderung in diesem Jahr „mehr als 29 Millionen Euro für Sanierungen, barrierearmen Umbau und sozialen Wohnungsneubau“ bereit. „In Zukunft wird der barrierefreie Umbau mehrgeschossiger Häuser eine noch größere Rolle spielen.“ Deshalb habe das Land zusammen mit Vertretern der Wohnungswirtschaft, des Mieterbundes und des Landesförderinstituts Ende 2014 die „Allianz für das Wohnen mit Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern“ gegründet. „Wir wollen den Älteren und Menschen mit Behinderungen möglichst lange eine selbstständige Haushaltsführung ermöglichen.“ Mehr gehe natürlich immer, räumte Albrecht ein. „Aber mit Blick auf einen ausgeglichenen, nachhaltigen Haushalt müssen wir alle anstehenden Aufgaben mit den uns zur Verfügung stehenden Finanzen bewerkstelligen.“

„Es bestreitet doch niemand, dass nicht schon einiges getan wird“, erwiderte **Silke Gajek** (B' 90/DIE GRÜNEN). Gleichwohl sei es aber auch Aufgabe des Parlaments, den Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission nachzukommen. Genau das mache der Antrag mit seiner Forderung, mehr Barrierefreiheit im öffentlichen Raum zu schaffen. Denn hier herrsche großer „Nachholbedarf“. Anstatt zu handeln, werde jedoch jeder Antrag der Opposition „abgeschmettert“ und als „Wahlkampf“ bezeichnet, kritisierte Gajek. „Wie lange wollen wir denn noch warten?“ Minister Glawe müsse sich

schon fragen lassen, ob er tatsächlich den Maßnahmeplan der UN-Behindertrechtskonvention umsetze oder „alles ins Lächerliche zieht“. Von weniger Barrieren profitierten am Ende nicht nur Ältere oder Menschen im Rollstuhl, sondern beispielsweise auch all jene, die mit einem Kinderwagen unterwegs seien. „Sie sollten noch einmal darüber nachdenken, inwiefern es wichtig ist, solch ein Investitionsprogramm auf den Weg zu bringen. Ich denke, es ist notwendig.“

So zu tun, als könne man das Geld aus den Überschüssen „locker ausgeben“, sei „komplett verantwortungslos“, sagte **Wolfgang Waldmüller** (CDU). „Sie wissen ganz genau, dass wir zehn Milliarden Euro Schulden haben, dass der Auslauf des Solidarpakts und der Rückgang der EU-Mittel bevorstehen und das Land Prioritäten setzen muss.“ Er unterstellte den Linken zudem, ungenau mit den Begriffen „Barrierearmut“ und „Barrierefreiheit“ umzugehen. „Streng genommen müssten Sie entweder die Begrifflichkeit des Antrags anpassen oder die avisierte Fördersumme ganz erheblich nach oben schrauben.“ Der Hinweis auf die Enquete-Kommission eigne sich nach seinem Dafürhalten nicht „als Legitimation“ für den Antrag. Er habe in den Kommissionsunterlagen „vergeblich“ nach einem Investitionsprogramm für barrierefreies Bauen gesucht, so Waldmüller. Außerdem wäre es ein „Rückschritt“, weil die Landesregierung schon jetzt weit mehr als die geforderten drei Millionen ausbebe.

„Der Antrag der Linken ist zwar gut gemeint und geht in die richtige Richtung. Aber fachlich ist er ganz miserabel zu Papier gebracht“, resümierte **Udo Pastörs**, Fraktionsvorsitzender der NPD. „Sie fordern etwas, das schon umfassend auf anderen Gebieten geregelt ist.“ Die veranschlagten drei Fördermillionen seien zudem nur „eine symbolische Zahl“ und „vollkommen effektivlos“. Ein Blick auf die Rechnung eines Sechs-Etagen-Blocks reiche, um zu erkennen, dass dieser Beitrag nicht einmal für zwei oder drei Gebäude reichen würde. „Hier haben Sie Ihrer Forderung keine betriebswirtschaftliche oder baukostentechnische Kalkulation zugrunde gelegt.“

Torsten Koplín (DIE LINKE) warf insbesondere der CDU vor, viel Mühe auf „Haarspaltereien“ verwendet und dabei am Thema vorbeigeredet zu haben. „Sie haben abgefeiert, was Sie alles schon machen.“ Dabei beziehe sich der Antrag gar nicht auf Wohnraumförderung. „Herr Glawe, Sie haben ein ganz anderes Feld aufgemacht. Wir wohnen weder in Arztpraxen noch in Aufzügen noch in Kneipen.“ Die Landesbauordnung gelte zudem nur für Neubauten und Umnutzungen. Koplín stellte klar, dass seine Fraktion mit den Begrifflichkeiten „sonnenklar“ sei: „Es geht um Barrierefreiheit.“ Es sei richtig, dass das eine Menge Geld koste. Deshalb sei im Antrag auch von „kleinteiligen Vorhaben mit einem Volumen von bis zu 25.000 Euro die Rede“. „Wir sagen also, wo die Grenzen sind. Das ist seriös.“ Dass der Minister für weitere Diskussionen auf die nächste Legislaturperiode verweise, werfe die Frage auf, „ob das ein verstecktes Koalitionsangebot an die Linken war“.

Antrag DIE LINKE Drucksache 6/5203

Gesundheitsrisiko Quecksilber

Landtag spricht sich gegen strengere Grenzwerte für Kohlekraftwerke aus

Wenn Kohlekraftwerke Strom produzieren, setzen sie dabei Quecksilber frei. In Deutschland summieren sich diese schädlichen Emissionen auf rund sieben Tonnen im Jahr. Diese Zahl geht aus einem Gutachten des Hamburger Instituts für Ökologie und Politik (Ökopol) hervor, das im Auftrag der Grünen-Bundestagsfraktion erstellt wurde. Im Hinblick darauf, dass auch das Steinkohlekraftwerk in Rostock seinen Teil dazu beitrage, forderte die Grünen-Landtagsfraktion die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine sofortige Verschärfung der Emissions-Grenzwerte einzusetzen. Ihr Antrag fand jedoch keine Mehrheit.

Obwohl Quecksilber „ein schwerwiegendes Gift“ sei, steige der Ausstoß seit Jahren an, kritisierte **Johann-Georg Jaeger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). „Verantwortlich dafür ist vor allem das Thema Kohlekraftwerke.“ Die USA hätten darauf bereits reagiert und die Grenzwerte für den Ausstoß verschärft. „Unsere Idee ist es, diese Grenzwerte in Deutschland zu übernehmen.“ Die Kosten, die den Kohlekraftwerken dadurch entstehen würden, halte er nicht für ein Hindernis. Wenn man bedenke, dass ein modernes 800-MW-Kohlekraftwerk etwa 1,2 Milliarden Euro koste, sei „eine Million für diese Nachsorge“ durchaus „bezahlbar“. Auch für das Steinkohlekraftwerk in Rostock forderte er „eine entsprechende Filtertechnik“, denn dort sei der Quecksilber-Ausstoß im vergangenen Jahr um 25 Prozent gestiegen. „Hier könnten wir als betroffenes Bundesland mit einer Initiative nach vorn gehen“, um „die Quecksilberlast in der Umgebung von Rostock“ zu reduzieren. Für das Steinkohlekraftwerk sei das „eine zumutbare Investition“. „Ich wünsche mir Ihre Unterstützung und kann mir gar nicht vorstellen, warum man dagegen sein könnte.“

„Wir haben Zweifel, ob die in der Studie angegebenen Werte stimmen“, nannte Wirtschaftsminister **Harry Glawe** einen Grund, der gegen den Antrag spreche. Ihm liege ein Gutachten der TU Hamburg-Harburg vor, das die Ökopol-Studie „durch willkürliche Vergleiche“ bei der Umrechnung der US-Grenzwerte als „fehlerhaft“ und „unseriös“ einstufe. „Bei korrekter Umrechnung liegen sie deutlich höher, als in der Studie dargestellt.“ Unabhängig davon gebe es bereits zahlreiche Bestrebungen, die Gefahr durch Quecksilber weiter zu minimieren. So werde in Deutschland der Grenzwert ab 2019 von 0,015 Milligramm je Kubikmeter auf 0,01 Milligramm „verschärft“. An den bundesweiten Emissionen sei das Kraftwerk in Rostock „mit lediglich 0,4 Prozent vergleichsweise gering beteiligt“, so Glawe. Bei einer Messung im Dezember sei der Ausstoß halb so hoch gewesen wie der erlaubte Grenzwert.

„Die Landesregierung wird natürlich auch weiterhin aktiv sein und Aktivitäten zur weiteren Reduzierung der Quecksilber-Emissionen auf nationaler und internationaler Ebene angemessen unterstützen.“

Quecksilber-Emissionen zu senken, das sei auch in seinem Sinne, hob **Jochen Schulte** (SPD) hervor. Der Antrag der Grünen sei jedoch „fadenscheinig“. „Es sind ja vorrangig Braunkohlekraftwerke, die die Emissionen ausleiten. Das ist wichtig für die Diskussion.“ Der Quecksilber-Ausstoß in Rostock stehe in keinem Verhältnis zu den Emissionen in anderen Bundesländern. Rund 30 der 50 Kohlekraftwerke in Deutschland befänden sich in Ländern, „in denen die Grünen den Landesumweltminister stellen, den stellvertretenden Ministerpräsidenten oder den Ministerpräsidenten“. In Baden-Württemberg sei sogar die landeseigene EnBW Mehrheitseigner an „einer der größten Dreckschleudern“, dem Steinkohlekraftwerk Mannheim. Anstatt bei den „Parteifreunden“ dort darauf zu drängen, etwas zu ändern, „kommen Sie hier in diesem Land, in dem wir ein einziges Kohlekraftwerk haben, mit diesem Antrag“, warf er den Grünen vor. „Bedauerlich“ sei zudem, dass sie sich nicht um „eine gemeinsame Position“ bemüht hätten. Auch das sei ein Grund, warum seine Fraktion den Antrag ablehnen werde, so Schulte.

„Es ist schon bedenklich, dass ein Mensch in Deutschland durchschnittlich 17-mal mehr Quecksilber einatmet als ein Mensch im US-Bundesstaat New York“, sagte **Dr. Mignon Schwenke** (DIE LINKE). Technisch sei es durchaus möglich, daran etwas zu ändern. „Die starke Lobby der großen Energieversorger“ stemme sich jedoch „mit aller Macht gegen Fortschritte auf diesem Gebiet“ und stelle eigene Interessen „über das Wohl und die Gesundheit der Menschen“. Die Grenzwerte zu verschärfen, sei daher „als kurzfristige Maßnahme mehr als vernünftig“ und sollte „jetzt“ angegangen werden. Langfristig müsse Deutschland aber „raus aus der Kohle“. „Das ist und bleibt der wirksamste Schutz.“ Ziel ihrer Fraktion sei ein stufenweiser Wandel, bis 2035 der letzte Kohlekraftwerksblock abgeschaltet werde. Wichtig sei es, diejenigen Bundesländer, in denen Kohlewirtschaft eine bedeutende wirtschaftliche Rolle spiele, in diesem Strukturwandel besonders zu unterstützen, sagte sie und plädierte einmal mehr für „ein Konversionsprogramm für Kohle-Revier“.

Dietmar Eifler (CDU) warb um eine Diskussion mit „Augenmaß“. „Natürlich ist Quecksilber schädlich, das haben wir im Chemieunterricht gelernt.“ Bei der Energiewende könne man aber nicht auf Grundlastkraftwerke verzichten. „Und da gehören nun einmal die Kohlekraftwerke mit all ihren Nebenerscheinungen dazu.“ Er unterstellte den Grünen, dass es ihnen gar nicht um die Grenzwerte an sich gehe. „Ihr Antrag zielt doch auf etwas ganz anderes hin: die Kohleverstromung sofort abzuschalten.“ Auf ein Gutachten zurückzugreifen, das Äpfel mit Birnen vergleiche, halte er für „unsolid“. Das sei nichts als „Panikmache“. Denn bei korrekter Umrechnung der Werte „würden die Kohlekraftwerke, die in Deutschland am



Das Abgas von Kohlekraftwerken enthält auch gesundheitsschädliches Quecksilber.

Foto: Jens Büttner

Netz sind, genau diesen Grenzwerten der USA entsprechen“, sagte Eifler unter Verweis auf Wissenschaftler der TU Hamburg-Harburg. Sein Appell an die Grünen: „Kommen Sie nicht mit solchen Anträgen, kommen Sie mit belastbaren Dingen!“

Aus Sicht von **Michael Andrejewski** (NPD) stehe in der Diskussion „Gutachten gegen Gutachten“. „Jeder Lobby fällt es leicht, entsprechende Wissenschaftler zusammenzutrommeln.“ Unabhängig davon, wer am Ende Recht habe, sollten niedrige Grenzwerte „eine Selbstverständlichkeit“ sein. Auch deshalb, weil ein Kohleausstieg „völlig verrückt“ wäre. „Der Wind weht nicht immer, die Sonne scheint nicht immer, also kann man ohne Kohle nicht auskommen.“ Er plädierte zudem dafür, den Bergbau zu erhalten, für den Zugang zu Erdgas „ein vernünftiges Verhältnis“ zu Russland aufzubauen und „ein, zwei Atomkraftwerke zu behalten“. „Das alles zusammen mit erneuerbaren Energien ergäbe einen sehr vernünftigen Energiemix, mit dem man auf alle Eventualitäten vorbereitet ist.“ Bei der Abstimmung zum Antrag der Grünen werde sich seine Fraktion enthalten, „weil wir nicht imstande sind, zu beurteilen, welches Gutachten nun das richtige ist“.

„Wir glauben, dass die politische Debatte das Thema vorantreibt“, sagte **Johann-Georg Jaeger**, als er am Ende der Aussprache noch einmal das Wort ergriff. „Jeder zeigt immer auf den anderen in der Bundesrepublik und hat gute Gründe, warum es nicht klappt.“ Mecklenburg-Vorpommern könne hier jedoch mit gutem Beispiel vorangehen. Sein Überweisungsvorschlag in den Sozial- und den Energieausschuss wurde mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt.

Antrag B' 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/5213

Weitere Beschlüsse

Sechs neue Gesetze

Die Landesregierung hat am 9. März eine Reihe von Gesetzesänderungen zur Ersten Lesung in den Landtag eingebracht. In den meisten Fällen handelt es sich um eine Anpassung bestehender Gesetze an EU- oder Bundesvorgaben. Die Entwürfe wurden ohne Aussprache zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen.

Landeskatastrophenschutzgesetz Drucksache 6/5152

Architekten- und Ingenieurgesetz Drucksache 6/5176

Psychischkrankengesetz Drucksache 6/5185

Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz Ds 6/5186

Schwangerschaftskonfliktgesetz und Landespersonenausführungsgesetz Drucksache 6/5187

Krebsregistrierungsgesetz Drucksache 6/5188

Klimaschutzgesetz

In erster Lesung behandelte der Landtag am 10. März den Entwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Klimaschutzgesetz M-V. Die Überweisung in die Ausschüsse wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen abgelehnt. Entsprechend der Geschäftsordnung wird der Gesetzentwurf spätestens nach drei Monaten zur zweiten Lesung erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

Hintergrund: Auf der Grundlage des Kyoto-Protokolls (1997) sowie des UN-Klimaschutzabkommens von Paris (2015) haben sich die Unterzeichnerstaaten verpflichtet, den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren und die globale mittlere Temperaturerhöhung bis 2050 auf deutlich unter zwei Grad Celsius zu begrenzen. Deutschland wird den UN-Vertrag von Paris voraussichtlich am 22. April 2016 unterzeichnen.

Deutschland plant zur Umsetzung der Ziele kein Bundesgesetz. Die Bundesländer agieren unterschiedlich: während es in Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz Klimaschutz-Gesetze gibt und Berlin, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen ein solches Gesetz vorbereiten, haben sich Brandenburg, Hessen und Saarland noch nicht festgelegt. Gegen gesetzliche Regelungen haben sich Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und auch Mecklenburg-Vorpommern ausgesprochen. In M-V soll der Klimaschutz auf der Grundlage der „Energiepolitischen Konzeption für M-V“ umgesetzt werden.
Gesetzentwurf B' 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/5194

Immunität aufgehoben

Der Landtag hat die Immunität von **Jürgen Suhr** (B' 90/DIE GRÜNEN) aufgehoben. Hintergrund ist ein Strafantrag der Schweriner Staatsanwaltschaft. Suhr soll in seiner Zeit als Geschäftsführer eine Produktionsschule in Barth förderungsrelevante Mieteinnahmen nicht angegeben sowie Zuschüsse unrechtmäßig verwendet haben. Dieser weist die Vorwürfe zurück.

Beschlussempfehlung Europa- und Rechtsausschuss Ds. 6/5239

wählen gehen

Landtagswahl am 4. September

Am 4. September wird ein neuer Landtag gewählt. Die Wählerinnen und Wähler bestimmen, wer in den kommenden fünf Jahren für sie Politik in Schweriner Schloss macht. Mit unserer Serie wollen wir wichtige Fakten zur Wahl erklären.

Teil 3: Wie wird gewählt?

Das Landeswahlgesetz sieht eine so genannte personalisierte Verhältniswahl vor. Danach hat jede Wählerin und jeder Wähler zwei Stimmen.

Erststimme

Mecklenburg-Vorpommern ist in 36 Wahlkreise aufgeteilt. In jedem Wahlkreis stehen Direktkandidaten zur Wahl. Diese werden üblicherweise von den Parteien vorgeschlagen, es können sich aber auch Einzelbewerber zur Wahl stellen. Seine Erststimme gibt man in seinem Wahlkreis einem der Direktkandidaten. Der Bewerber, der die meisten Erststimmen bekommt, gewinnt den Wahlkreis. Er zieht direkt in den Landtag ein – unabhängig davon, wie viele Mandate seine Partei gewinnt.

Zweitstimme

Mit der Zweitstimme wählt man eine Partei und somit die von der Partei aufgestellte Landesliste ihrer Kandidaten. Die Zweitstimme ist nicht, wie die Bezeichnung vermuten lässt, zweitrangig. Sie ist sogar sehr wichtig, denn die Zweitstimmen sind ausschlaggebend für die Sitzverteilung im Landtag. Nach der Anzahl der erhaltenen Zweitstimmen wird ausgerechnet, wie viele Sitze die jeweilige Partei im Landtag bekommt. Mit seiner Zweitstimme nimmt man also Einfluss auf die Fraktionsstärke und damit die Möglichkeiten von Mehrheits- und Koalitionsbildungen.

Fünf-Prozent-Hürde

Anders als bei den Kommunalwahlen gilt für den Landtag wie auch für den Bundestag die sogenannte Fünf-Prozent-Klausel: Die Zweitstimmen einer Partei werden nur dann bei der Sitzverteilung berücksichtigt, wenn diese mindestens fünf Prozent der gültigen Gesamtstimmenzahl erringen konnte. Damit soll die Arbeitsfähigkeit des Parlaments erhalten und einer Zersplitterung der Parteienlandschaft vorgebeugt werden.



Foto: Landtag M-V

Die Arbeitsgruppe für nachhaltigen Tourismus der Ostseeparlamentarierkonferenz – 5. v. r. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider.

Nachhaltiger Tourismus

Arbeitsgruppe der Ostseeparlamentarier tagte in Helsinki

Abgeordnete aus regionalen und nationalen Parlamenten des Ostseeraums trafen sich vor Ostern in Helsinki zur zweiten Beratung der Arbeitsgruppe „Nachhaltiger Tourismus“. Die AG war im vergangenen Jahr von der 24. Ostseeparlamentarierkonferenz in Rostock eingesetzt worden. Als deren Vorsitzende leitete Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider die Beratung.

Zum Auftakt informierten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Herausforderungen des nachhaltigen Umgangs mit einer UNESCO-Weltkulturerbestätte. Hierzu besuchten sie die Suomenlinna. Die im 18. Jahrhundert entstandene Festung, die auf mehreren miteinander verbundenen Inseln vor der finnischen Hauptstadt Helsinki liegt, steht auf der Liste des UNESCO-Weltkulturerbes und ist mit jährlich mehr als 700.000 Besuchern eines der beliebtesten Ausflugsziele für Touristen wie Einheimische. Petteri Takkula, Entwicklungsmanager der örtlichen Verwaltung, erläuterte die Strategie für nachhaltigen Tourismus auf der Insel. Die größte Herausforderung: das Kulturerbe zwar touristisch zu vermarkten, zugleich jedoch Ort und Wert des Kulturerbes trotz steigender Tourismuszahlen zu erhalten.

Ein zweites Thema war das Hafenmanagement. Hafendirektor für den Bereich Passagierschiffe Kari Noroviita und Abwasser-Manager Antti Pulkkinen vom „Port of Helsinki“ stellten die Fortschritte beim Umbau der Häfen und Anlegestellen von Last- und Passagierschiffen in Helsinki vor. Insbesondere die Abwasserauffanganlagen und die Entsorgung der Schiffsabwässer mussten ausgebaut werden, um die internationalen Vereinbarungen zwischen den Ostseerainern umzusetzen. Ziel dieser Vereinbarungen ist

es, die Ostsee zu einem so genannten besonders sensiblen Bereich zu erklären, in welchem spezielle Umweltstandards eingehalten werden müssen.

Anschließend stellte Nina Vesterinen, Hauptverantwortliche für die nationale Tourismusstrategie, die finnischen Ansätze im Bereich des nachhaltigen Tourismus vor. Als „best practice“-Beispiel erläuterte Raija Ruusunen, Projektmanagerin an der Karelia University of Applied Sciences, am Beispiel der Route entlang dem ehemaligen „Eisernen Vorhang“ das Projekt zum Ausbau europäischer Fahrradrouten.

Für ihre strategische Ausrichtung und das zukünftige Arbeitsprogramm strebt die Arbeitsgruppe das Ziel an, sich auf wenige Schwerpunkte zu verständigen. Zudem einigten sich die AG-Mitglieder auf erste politische Forderungen, die an die Jahreskonferenz der Ostseeparlamentarier vom 28. bis 30. August 2016 in Riga weitergeleitet werden sollen.

Am Arbeitsgruppentreffen nahmen folgende Parlamentarier teil: Sylvia Bretschneider (Mecklenburg-Vorpommern), Sara Kemetter (Åland), Andre Sepp (Estland), Riitta Myller (Finnland), Veiko Spolitis (Lettland), Linas Balsys (Litauen), Jacek Protas (Polen), Pyry Niemi (Schweden), Valentina Pivnenko (Staatsduma Russland), Bernd Voß (Schleswig-Holstein), Dorothee Martin (Hamburgische Bürgerschaft).



Foto: www.helsinki200.fi

Die Festung Suomenlinna liegt auf mehreren miteinander verbundenen Inseln vor der finnischen Hauptstadt Helsinki.



Der Petitionsausschuss des Landtages – v.l. Jutta Gerkan, Tino Müller, Jacqueline Bernhardt, Barbara Borchardt, Heino Schütt, Detlef Lindner, Maika Friemann-Jennert, Ingulf Donig, Katharina Feike, Vorsitzender Manfred Dachner (nicht auf dem Foto: Nils Saemann)

Foto: Landtag M-V

„Jede Petition ist eine Belebung der Demokratie“

Interview mit dem Ausschussvorsitzenden Manfred Dachner zum Jahresbericht des Petitionsausschusses 2015

Sehr geehrter Herr Dachner, im April werden Sie dem Landtag den Bericht des Petitionsausschusses für 2015 vorlegen. Hatte der Ausschuss viel zu tun?



Ja, der Petitionsausschuss ist ein besonders arbeitsintensiver Ausschuss, denn er bearbeitet und prüft die beim Landtag eingehenden Bitten und Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger. Wir bekamen im vergangenen Jahr insgesamt 381 Petitionen. In 29 Fällen haben Bürgerinnen und Bürger gemeinsam eine sogenannte Sammelpetition eingereicht, sodass sich 2015 insgesamt mehr als 27.000 Menschen an den Petitionsausschuss gewandt haben.

Zu jeder Petition holen wir zunächst Stellungnahmen der Landesregierung und der beteiligten Behörden ein. Diese werden anschließend dem Petenten mitgeteilt, der dann die Möglichkeit der Erwidern erhält. Ist der Sachverhalt

ausreichend aufgeklärt, prüfen die Mitglieder des Petitionsausschusses jede einzelne Eingabe und beraten diese bei Bedarf im Ausschuss.

Mit welchen Problemen wandten sich Bürgerinnen und Bürger an den Ausschuss? Gibt es Themen, bei denen im vergangenen Jahr besonders viele Menschen um Hilfe baten?

Die umfangreichste Sammelpetition, die im Jahr 2015 den Landtag erreichte, hat den vollständigen Erhalt des Kreiskrankenhauses Wolgast zum Ziel und wurde von über 15.000 Menschen unterzeichnet. Eine weitere Sammelpetition mit mehr als 6.000 Unterstützern fordert den Erhalt des historischen Ortskerns des Ostseebades Zingst. Aber auch zu den Nutzungsuntersagungen bei Ferienwohnungen, zur Vollverpflegung in den Kindertagesstätten, zur Ausweisung weiterer Windeignungsgebiete sowie zum Thema Flüchtlinge und Asyl gingen im Jahr 2015 viele Petitionen ein.

Wie oft konnten Sie ein Anliegen zugunsten von Petenten regeln?

Im Berichtszeitraum 2015 wurden insgesamt 476 Petitionen abgeschlossen. Dabei konnte in 64 Fällen dem Anliegen der Petenten in vollem Umfang entsprochen werden, das sind immerhin 13 Prozent. Daneben gelingt es dem Petitionsausschuss in vielen Fällen, Kompromisse für die Bürgerinnen und Bürger zu erzielen. Seine besondere Wirkung entfaltet das Petitionswesen gerade dann, wenn die Behörde zwar formal rechtmäßig gehandelt hat, aber bestehende Ermessensspielräume zugunsten der Petenten nicht nutzt. Gerade in diesen Fällen gelingt es uns immer wieder, vermittelnd auf die Behörden einzuwirken, um für die Petenten ein zufriedenstellendes Ergebnis zu ermöglichen.

Was viele nicht wissen: Auch Kinder und Jugendliche können sich an den Petitionsausschuss wenden. Gab es Petitionen aus dieser Altersgruppe?

Das Petitionsrecht ist ein sogenanntes „Jedermann-Grundrecht“. Neben den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes können sich auch die Einwohner anderer Bundesländer, Ausländer oder juristische Personen des Privatrechts an den Petitionsausschuss wenden. Da auch keine Geschäftsfähigkeit vorausgesetzt wird, können schon Kinder und Jugendliche von ihrem Petitionsrecht Gebrauch machen. Gerade im Januar dieses Jahres erreichte uns die Petition einer Schulklasse, die im Rahmen einer Klassenfahrt ein Dokumentationszentrum besucht hat, das zu DDR-Zeiten von der Stasi als Untersuchungsgefängnis genutzt wurde. Die Schüler bemängeln darin, dass ein Teil des ehemaligen Gefängnisses als Aktenlager genutzt wird und dass eine unzureichende Beschilderung den Zugang zu dem Dokumentationszentrum und zu der Gedenkstätte erschwert. Sie kritisieren diesen ihrer Meinung nach unangemessenen Umgang mit dem Gedenken an die dort begangenen Menschenrechtsverletzungen.

Der Landtag hat neun Fachausschüsse. Was lieben Sie an „Ihrem“ Ausschuss?

Das besonders Spannende an meiner Arbeit im Petitionsausschuss besteht darin, dass man sehr frühzeitig die Reaktionen der Menschen auf politische Entscheidungen erfährt. Denn die Petitionen geben Zeugnis darüber, welche Themen die Menschen bewegen, welche sie politisch mittra-

gen oder auch ablehnen. Ich freue mich über jede Petition, weil die Menschen damit zeigen, dass sie mitgestalten wollen und die Politik kritisch begleiten, dass sie sich auch nicht alles gefallen lassen, was ihnen Behörden, Verwaltungen, Ministerien oder der Gesetzgeber anbieten. Es ist mir tausendmal lieber, wenn sich die Menschen im Wege einer Petition mit Kritik und Beschwerden an die Volksvertreter wenden, als dass sie sich von der Politik und damit von den Volksvertretern abwenden. Jede Petition ist eine Belebung der Demokratie.

Sammel- und Massenpetitionen

Sammelpetitionen sind solche Eingaben, die von mehreren Personen gemeinschaftlich beim Petitionsausschuss eingereicht werden. Einer Sammelpetition wird eine Unterschriftenliste beigefügt, in der die Namen und Unterschriften der Personen aufgeführt sind, die die Petition unterstützen. Dabei tritt eine Person oder Personengemeinschaft als Initiatorin der Petition in Erscheinung und führt die Korrespondenz mit dem Petitionsausschuss.

Von den Sammelpetitionen zu unterscheiden sind die Massenpetitionen. Als Massenpetition bezeichnet man eine große Zahl gleichlautender Einzelzuschriften, die von den Bürgerinnen und Bürgern zu demselben Beschwerdegegenstand eingereicht werden, ohne dass eine bestimmte Person oder Personengemeinschaft als Initiatorin in Erscheinung tritt. Der Schriftverkehr wird in diesen Fällen mit jedem einzelnen Petenten geführt, es ist jedoch möglich, die Eingangsbestätigung oder die Abgabennachricht durch eine öffentliche Bekanntmachung zu ersetzen.



Manfred Dachner im Gespräch mit Schülerinnen und Schülern des Schweriner Fridericianums, die sich in einem Projekt mit dem Thema Petitionsrecht beschäftigt hatten.

Foto: Landtag M-V

Die zwei Seiten eines Welterbe-Titels

Wie lassen sich Kulturtourismus und Denkmalschutz verbinden? Schlossgespräch suchte nach Antworten

Wismar und Stralsund sind es schon. Schwerin möchte es werden: UNESCO-Weltkulturerbe. Solch ein Titel klingt gut, bringt Touristen und stärkt die Vermarktung. Auf der anderen Seite schreibt er den Titelträgern aber auch ins Stammbuch, dieses Welterbe zu schützen. Wie kann dieses Zusammenspiel gelingen? Und vor welche Herausforderungen stellt das Schwerin auf dem weiteren Bewerbungsweg? Darüber referierten und diskutierten Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, Denkmalschützer Prof. Dr. Jörg Haspel und Norbert Huschner, Welterbe-Beauftragter der Hansestadt Wismar, beim 19. Schweriner Schlossgespräch unter der Überschrift „Erlebnis Welterbe – Kulturtourismus in Welterbestätten“.

Der Ort dafür hätte kaum passender gewählt sein können. Im prunkvollen Thronsaal des Schweriner Schlosses zeigt sich das historische Erbe der Stadt von einer seiner schönsten Seiten. Rund 200.000 Gäste bestaunen ihn jährlich bei ihrem Rundgang durchs Schloss. Als Teil des Kultur-Welterbes wären es sicher noch mehr, ist sich **Sylvia Bretschneider** sicher. „Mit der Bewerbung setzen wir nicht nur uns in Bewegung, sondern auch andere. Denn der Kulturtourismus wächst stetig.“ Und hat eine lange Tradition. Seit dem 17. Jahrhundert gehörte es zunächst in Adelshäusern, später auch im gehobenen Bürgertum zur guten Erziehung, Söhne auf Bildungsreise durch Europa und dabei auch zu bedeutenden Baudenkmalern zu schicken. „Diese ‚grand tour‘ wird häufig als Urgroßmutter der Kulturreise bezeichnet“, sagte die Landtagspräsidentin und Hausherrin.



Sylvia Bretschneider begrüßt Donata Herzogin zu Mecklenburg von Solodkoff, Enkelin des letzten Großherzogs Friedrich Franz IV.



Moderator Axel Seitz (l.) im Gespräch mit Prof. Dr. Jörg Haspel, Präsident des Deutschen ICOMOS-Komitees, Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider und Wismars Welterbe-Manager Norbert Huschner.

Wer heute in Mecklenburg-Vorpommern auf Kulturreise geht, der kommt auch am Schweriner Residenzenensemble, „einem Zeugnis der letzten Blüte höfischer Kultur“, nicht vorbei. „Um all das zu erhalten, wird viel getan“, betonte Sylvia Bretschneider. In den vergangenen 20 Jahren habe es kaum ein Jahr gegeben, in dem das Schloss nicht an mindestens einer Stelle eingerüstet gewesen sei. Denn: „Mit dem Erbe kommt auch die Verpflichtung, dieses zu erhalten.“ Und zu vermitteln. „Hier liegt noch einiges vor uns.“ So werde gegenwärtig die Ausstellung im Schlossmuseum neu konzipiert, verstärkt digital gedacht und „an einem gemeinsamen Internetauftritt für alle Partner“ gearbeitet, um die Bewerbung Schwerins noch besser in die Öffentlichkeit zu tragen. Über allem stehe der Gedanke der Nachhaltigkeit – sowohl für den Kulturtourismus, als auch für das Welterbe selbst.



Das Welterbe-Schlossgespräch des Landtages fand im Thronsaal des Schweriner Schlosses statt.



Das Residenzensemble Schwerin – einzigartige Kulturlandschaft des romantischen Historismus.

Foto: Jörn Lehmann

Ein Bekenntnis, das **Prof. Dr. Jörg Haspel** sicher gern hörte. Als Präsident des Deutschen Nationalkomitees von ICOMOS, dem Internationalen Rat für Denkmalpflege, begleitet er viele Welterbestätten auf ihrem Weg. Natürlich stehe für Denkmalschützer wie ihn die Erhaltung der historischen Stätten an erster Stelle. Das mache sie aber nicht zu Gegnern von Kulturtourismus. Er betrachte sie viel mehr als „Korrektiv“, dem es darum gehe, ein richtiges Maß zwischen Erleben und Erhalten zu finden. „Die Basis für jeden Kulturtourismus ist, dass Kultur erhalten bleibt.“

Dass der Status „Weltkulturerbe“ ein Anziehungspunkt für Touristen ist, das kann auch **Norbert Huschner** bestätigen. „Seine“ Stadt Wismar trägt den Titel – zusammen mit Stralsund – seit 2002. In dieser Zeit sei die Zahl der Übernachtungen von 60.000 auf 300.000 im Jahr gestiegen, rechnet der hansestädtische Welterbe-Beauftragte vor. Diese Zahlen beziehen sich auf Unterkünfte mit mindestens zehn Betten. Zähle er kleinere Herbergen und Tagesgäste hinzu, kämen jeweils noch mal so viele zusammen. Das sei aber nur die eine Seite der Medaille. Mit dem Titel verbinde sich beispielsweise auch die Verpflichtung, 1.750 Häuser zu erhalten. Und um dem Bildungsauftrag gerecht zu werden, habe Wismar 2014 ein Welterbe-Haus eröffnet.

Um die Chancen, die ein Welterbe mit sich bringt, optimal nutzen zu können, brauche es aus Sicht von Sylvia Bretschneider allerdings auch „gemeinsame Konzepte“. „Gäste aus Übersee können wir nicht allein anlocken.“ Deshalb arbeite Mecklenburg-Vorpommern mit den Ostsee-Anrainerstaaten zusammen, um Angebote zu schnüren,

„von denen wir gemeinsam profitieren“.

Apropos Chancen: Wie stehen die denn für Schwerin?, hakte Moderator Axel Seitz bei Prof. Haspel nach. Dieser riet, den Blick auf mögliche Welterbe-Konflikte zu richten. Dazu gehöre für ihn auch die Frage, wie es mit den Schlossfestspielen weitergehe. Das Problem sei vor allem deren Dauer. Diese belaste „die visuelle Integrität“. Haspel empfahl, „dieses Risiko“ zu minimieren. Dabei gehe es nicht darum, eine Entweder-Oder-Diskussion zu führen, sondern zu überlegen, wie sich beides miteinander verbinden lasse. Als Beispiel verwies er auf die Potsdamer Schlössernacht, die auch den Welterbe-Park Sanssouci nutze – aber eben nur für ein Wochenende. Bedauerlich sei zudem, dass Schwerin keine Stelle für Gartendenkmalpflege habe.

Eine Zuschauerin, Stadtführerin in Schwerin und Hamburg, wandte ein, dass die Wirklichkeit dem Schweriner Kulturerbe-Wunsch entgegenstehe. Wer montags in die Stadt komme, stehe an den Museen vor verschlossenen Türen. Das sei alles andere als besucherfreundlich.

Weltkulturerbe – wird dieser Titel am Ende überbewertet?, fragte Axel Seitz in die Gesprächsrunde. „Ich glaube nicht, dass er überschätzt wird, gerade im Hinblick auf die versöhnenden und völkerverständigenden Aspekte“, antwortete Prof. Haspel. Für Norbert Huschner kommt es darauf an, wie bekannt die entsprechende Region vorher schon war. „Hamburg oder das Rheintal sind nicht so angewiesen auf den Titel wie Wismar, Stralsund oder Quedlinburg. Wir würden uns sehr freuen, wenn Schwerin auch dabei wäre.“

Selbstbestimmt leben

9. Altenparlament formuliert Forderungen an Landes- und Bundespolitik

Am 16. März tagte in Schwerin zum neunten Mal das „Altenparlament“ von Mecklenburg-Vorpommern. 71 Delegierte aus 27 Seniorenorganisationen, Vereinen, Verbänden, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Seniorenbeiräten berieten mit Abgeordneten des Landtages über die aktuelle Seniorenpolitik. Im Mittelpunkt standen dabei die Themen Wohnen im Alter, Sicherung der sozialen Infrastruktur im ländlichen Raum, Rentengerechtigkeit und Altersarmut.

„Das Altenparlament hat sich nach und nach zu einem Eckpfeiler der Seniorenpolitik unseres Landes entwickelt, seine Beschlüsse sind aus der politischen Diskussion nicht mehr wegzudenken“, sagte Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** zum Auftakt. Dass sich die Themen nicht nur auf Gesundheit und Soziales beschränkten, sondern auch generationsübergreifende Fragen diskutiert und Beschlüsse dazu gefasst würden, finde über die Landesgrenzen hinaus viel Beachtung und Anerkennung, lobte sie. In den vergangenen Jahrzehnten habe sich nicht nur das Selbstverständnis der älteren Generation, sondern auch das Seniorenbild in der Gesellschaft geändert, so Bretschneider. „Dieser Mentalitätswechsel muss von einer zeitgemäßen Seniorenpolitik berücksichtigt werden“, betonte sie. Der Landtag stelle sich dieser Herausforderung, beispielsweise mit dem Seniorenmitwirkungsgesetz M-V und der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“.

„Über die reine Interessenvertretung hinaus sollen die Beziehungen zwischen den Generationen verbessert, die Solidargemeinschaft weiterentwickelt und vor allem der Prozess des Älterwerdens in Würde und ohne Diskriminierung unter aktiver Beteiligung der Betroffenen besser gewährleistet werden“, umriss der Präsident des 9. Altenparlaments **Bernd Rosenheinrich** das Grundanliegen der Seniorenvertreter. Ein stärkeres Miteinander der Generationen bei der Interessenvertretung gegenüber der Landespolitik sei bereits bei 8. Altenparlament thematisiert worden. „Junge und ältere Menschen haben viel gemeinsam in ihrem Engagement, besonders aber haben sie im ländlichen Raum in Mecklenburg-Vorpommern ähnliche Probleme“, betonte Rosenheinrich. Der Dialog der Generationen habe bereits begonnen. Auf Initiative der damaligen Präsidentin des Altenparlaments Brigitte Paetow, des Landesjugendrings und von Teilnehmenden der Veranstaltung „Jugend fragt nach“ sowie des Organisationskomitees des 9. Altenparlaments hätten schon gemeinsame Gesprächsrunden stattgefunden. „Dabei konnten wir zu Themen wie Mobilität, Wohnen oder Inte-



Am 9. Altenparlament M-V nahmen 71 Delegierte aus 27 Seniorenorganisationen teil. Foto: produktionsbüro TINUS

gration von Flüchtlingen eine große Übereinstimmung der Probleme und Standpunkte von Jugendlichen und Älteren feststellen“, bilanzierte Rosenheinrich.

Auch die Hauptthemen des 9. Altenparlaments – Wohnen und Infrastruktur im ländlichen Raum – sind nicht nur für die Seniorenvertreter von besonderer Aktualität. Mit seinen Beschlüssen hierzu fordert das Altenparlament die demokratischen Landtagsfraktionen und die Landesregierung auf, in den dörflichen Gemeinden gleichwertige Lebensqualität in der sozialen Infrastruktur zu sichern und die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass ältere und auch hochbetagte Menschen möglichst bis zum Lebensende eigenständig und selbstbestimmt in einer Wohnung im vertrauten Umfeld leben können.

Zu zwei „Dauerbrennern“ in der Diskussion – Altersarmut und Rentengerechtigkeit – verabschiedete das Altenparlament die Resolution „Gesetzliche Rente stärken – Altersarmut verhindern“. Die Seniorenvertreter fordern darin die Bundesregierung, die Bundestagsabgeordneten aus M-V sowie die Bundestagsfraktionen von SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE auf, sich für eine schnellstmögliche Angleichung des Rentenwertes Ost/West einzusetzen, die systematische Absenkung des Rentenniveaus zu stoppen und für eine armutsfeste Grundsicherung und existenzsichernde Mindestrente zu sorgen. Die Landesregierung und die Abgeordneten der demokratischen Landtagsfraktionen sollen diesen Forderungen durch Bundesratsinitiativen Nachdruck verleihen.

Die Beschlüsse und die Resolution finden Sie auf der Internetseite des Landtages www.landtag-mv.de (Mitmachen/Veranstaltungen und Projekte)

Altenparlament

Auf Initiative des damaligen Landtagspräsidenten Hinrich Kuessner fand 1999 das erste Altenparlament in Mecklenburg-Vorpommern statt. Seitdem versammeln sich alle zwei Jahre 71 Delegierte aus zahlreichen Seniorenorganisationen des Landes, um den Problemen und Forderungen der älteren Generationen Gehör zu verschaffen und den Fraktionen des Landtages Impulse für ihre seniorenpolitischen Diskussionen und Beschlüsse zu geben.

Ein guter Anfang

Bei einem Kaminabend kamen Jugendliche, Senioren, Abgeordnete und Flüchtlinge miteinander ins Gespräch

Geboren wurde die Idee von Kamingsprächen beim „Generationenforum“ im Juli 2015. Damals trafen sich unmittelbar nach dem Teilnahmeprojekt „Jugend fragt nach“ Jugendliche mit Senioren, um sich über gemeinsame Probleme und Ziele in M-V auszutauschen und Abgeordnete für ihre Vorschläge und Forderungen zu gewinnen. Eine Idee des „Generationenforums“: in regelmäßigen Abständen Gesprächsabende jenseits des Schul- und Politikalltags, an einem neutralen Ort, in lockerer Atmosphäre – Kamingsprächen eben. Jugendliche, Senioren und Landtagsabgeordnete blieben an der Idee dran, die Beteiligungswerkstatt des Landesjugendrings koordinierte die Organisation. Am 18. März dann die Premiere: rund 40 Akteure kamen zum ersten Kaminabend in Papendorf bei Rostock.

Thema war die Flüchtlingspolitik. Und da man auf keinen Fall nur über Flüchtlinge reden wollte, waren auch Geflüchtete aus Syrien und Afghanistan dabei. Der Linke-Abgeordnete Dr. Hikmat Al-Sabty, selbst wegen des ersten Irak-Krieges aus seiner Heimat geflohen, konnte nicht nur aus eigener Flucht- und Integrationserfahrung berichten, sondern half auch als Arabisch-Dolmetscher bei der Verständigung. Das Konzept des Abends setzte bewusst auf freien Austausch, Spontaneität und Flexibilität. Die räumlichen Bedingungen im Veranstaltungshaus „Villa Papendorf“ boten den idealen Rahmen. Als inhaltliche Orientierung waren im Vorfeld drei Themenfelder verabredet worden: Was verstehen wir unter Integration? / Fluchtgründe/Fluchtgeschichten / Projekte und ehrenamtliche Unterstützung

Zum Auftakt gab Ulrike Seemann-Katz vom Flüchtlingsrat M-V einen kurzen Überblick über die aktuelle Flüchtlingssituation im Land, und der aus Afghanistan geflohene Ali Fayyazi schilderte sein Schicksal. Im Anschluss waren alle Teilnehmenden frei in ihrer Entscheidung, zu welcher Themenrunde sie sich hinzugesellen. Auch eine Verweilpflicht gab es nicht, ein Wechseln zwischen den Gruppen war jederzeit möglich, und wenn sich in der Küche am kleinen, aber feinen syrischen Büfett spontan ein Gespräch entspann – auch gut.

Foto: Landtag M-V



Nicht nur fürs Foto setzen die Teilnehmenden – Jugendliche, Senioren, Landtagsabgeordnete und Flüchtlinge – ein fröhliches Gesicht auf. Alle waren mit Freude beim ersten Kamingspräch in Papendorf dabei.

Die Idee ging auf: anders als bei anderen Veranstaltungsformaten stand nicht die Funktion der einzelnen Personen im Vordergrund, sondern das persönliche Gespräch auf Augenhöhe; ohne Ergebnisdruck wurden Einstellungen, Erfahrungen und Ideen ausgetauscht. Die Teilnehmenden lebten an diesem Abend das, was für sie alle die grundsätzlichen Voraussetzung ist für gelingende Integration: sich kennenlernen, einander zuhören, Respekt und Empathie. „Das war toll“ – fanden am Ende die meisten. It was very good and it's amazing how much the people care!, schrieb einer der Flüchtlinge an die Feedback-Wand. Und auch diese Notiz sprach allen aus dem Herzen: Ein guter Anfang – jetzt muss es weitergehen!

Unterstützung durch Landtags-Fraktionen

Der Kaminabend wurde gefördert von den vier demokratischen Landtags-Fraktionen SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Als Teilnehmer dabei waren die Abgeordneten Dagmar Kaselitz und Ralf Mucha (SPD), Jacqueline Bernhardt, Barbara Borchardt und Dr. Hikmat Al-Sabty (DIE LINKE) sowie Silke Gajek und Johannes Saalfeld (B' 90/DIE GRÜNEN).



Foto: Bildungsministerium

Landtags-Vizepräsidentin Regine Lück (4.v.l.) und Christine Kirchner vom Bildungsministerium (4.v.r.) mit den acht besten Debattanten in M-V: Hannes Michallik, Laura Hinneburg, Jakob Ludwig Albrecht, Daniela Wenzel, Eric Jahn, Richard Schwenn, Marica Komarow, Julia Reichelt (v.l.).

Wettstreit der Argumente

Landessieger von „Jugend debattiert“ stehen fest

Soll Hitlers „Mein Kampf“ in M-V zur Pflichtlektüre an weiterführenden Schulen werden? Das ist eine Frage, über die sich trefflich diskutieren lässt. Warum nicht auch im Landesfinale von „Jugend debattiert“? Wer es von 7380 Schülern im Land unter die letzten acht geschafft hat, dem fehlt es auch bei einem Thema wie diesem nicht an Argumenten.

Hitlers „Mein Kampf“ ist eine „Hasslektüre“. Das steht für Hannes Michallik außer Frage. Und genau deswegen plädiert er dafür, sie im Unterricht zu behandeln. In Zeiten, in denen rechtspopulistische Parteien europaweit immer mehr Zuspruch erhielten und Hassparolen wieder zunehmen, sei es umso wichtiger, „ein Bewusstsein gegen Hassschriften zu schaffen“, begründet der Gymnasiast von der Werkstatthschule Rostock seinen Argumentationsansatz. „Uns geht es nicht nur um den geschichtlichen Aspekt, sondern auch um politische Bildung“, bekräftigt Jakob Ludwig Albrecht (Albert-Einstein-Gymnasium Neubrandenburg). Um Demokratieverständnis und eine bessere Sichtweise auf heutige Entwicklungen.

Antisemitismus mit einer antisemitischen Hetzschrift begegnen? Erik Jahn vom Schweriner Fridericianum steht in der Finaldebatte nicht nur räumlich auf der anderen Seite. Er hält nichts davon, „dem größten Kriegsverbrecher der deutschen Geschichte so viel Bühne“ zu geben. Wie soll das praktisch überhaupt aussehen, hakt Daniela Wenzel (Gymnasium am Tannenberg Grevesmühlen) bei Hannes und Jakob Ludwig nach. Welche Version soll verwendet werden – die originale oder die kommentierte Neufassung? Wie wollt ihr gewährleisten, dass alle wichtigen Aspekte behandelt werden? Und warum nur in der Oberstufe? „Der Nationalsozialismus wird schon in Klasse zehn behandelt.“

Hannes, Jakob Ludwig, Erik und Daniela sind die vier Finalisten in der Altersgruppe II (Klasse 11 bis 13). Über Schul- und Regionalentscheide debattierten sie sich bis in die letzte Runde. Das Thema für den Wettstreit der Argumente haben sie erst kurz vorher erfahren. Ebenso, auf welcher Seite sie dabei stehen. 24 Minuten lang fliegen die Argumente hin und her. Dann hat die Jury das Wort. Für sie kommt es nicht darauf an, ob die Jugendlichen für oder gegen etwas sprechen. Sie bewertet, wie sachlich, fundiert und überzeugend sie argumentiert haben. Nach kurzer Bedenkzeit verkündet sie ihre Entscheidung: Erik und Hannes werden zum Bundesfinale nach Berlin fahren. Zusammen mit Laura Hinneburg (Werkstatthschule Rostock) und Julia Reichelt (Gerhart-Hauptmann-Gymnasium Wismar). Die beiden Mädchen hatten zuvor in der Altersgruppe I (Klasse 8 bis 10) die Jury überzeugt. Ihr Thema: Soll ein Jugend-Check für Gesetzesvorhaben eingeführt werden?

So unterschiedlich ihre Themen und Argumente in der Diskussion auch waren, eines einte die Jugendlichen: die Aufregung im Vorfeld. „Wenn Leute drin sind, sieht der Plenarsaal noch viel größer aus“, fand Laura. Seit 2005 findet das Landesfinale im Landtag statt, seit 2009 steht den Mädchen und Jungen fürs Finale der Plenarsaal offen. „Die Schüler erleben hier ganz unmittelbar den Wert einer offenen, demokratischen Gesellschaft“, begründete Landtags-Vizepräsidentin **Regine Lück** das Engagement des Landtages für diesen Wettbewerb. „Sich gut informieren, genau zuhören, andere Meinungen respektieren und selber mit Sachkenntnis, Ausdrucksvermögen, Gesprächsfähigkeit und Überzeugungskraft für die eigene Position zu werben – diese Fähigkeiten brauchen nicht nur wir Politiker in unseren Debatten hier im Plenarsaal“, betonte sie. „Es sind vielmehr Schlüsselkompetenzen für alle Lebensbereiche, die die Teilnehmenden bei Jugend debattiert erwerben.“

„Dass der Landtag Jugend debattiert mit der Ausrichtung des Landesfinals so großartig unterstützt, ist nicht in allen Bundesländern so selbstverständlich“, hob Christine Kirchner vom Bildungsministerium hervor. Sie weiß aber auch: „Jugend debattiert“ steht und fällt nicht zuletzt mit den Lehrern. Mit Lehrern, die sich dafür extra fortbilden, neue Impulse im Unterricht ausprobieren – und auch ihre Schüler dafür begeistern. „Dafür ein großes Dankeschön.“

Der Burggarten blüht auf

Dreescher Werkstätten pflanzen mehr als 6.000 Frühblüher

Vergissmeinnicht, Primeln, Tausendschönchen, Goldlack, Akelei. David Hübbe und Maik Soltow haben im Burggarten alle Hände voll zu tun, den Frühling herbeizutragen. 6.200 Pflanzen hat eine Gärtnerei aus Schönberg soeben geliefert. Spätestens in drei Tagen sollen alle in der Erde sein. „Das schaffen wir!“, versichern die beiden jungen Männer, bevor sie die nächste Handwagenfuhr Blumen den Uferweg entlang in Richtung Grotte ziehen.

„Wir“ – das sind David Hübbe, Maik Soltow, Anja Kabas, Hardy Müller und ein paar andere Frauen und Männer. Sie kommen von den Dreescher Werkstätten – einer gemeinnützigen Gesellschaft, die insgesamt mehr als 400 Menschen mit Behinderung beschäftigt. Vor gut 20 Jahren suchte der Landtag einen Gartenbaubetrieb, der dem Schlossgärtner auf der Schlossinsel zur Hand geht. Zunächst ging es nur um eine kleine Fläche. „Heute pflegen wir drei Viertel des Burggartens“, sagt Anja Möller. Die Garten- und Landschaftsbaumeisterin ist bei Wind und Wetter mit ihren acht Schützlingen vor Ort. Sie jäten Unkraut, fegen die Wege, mähen Rasen, lesen Papier und Kippen auf, schneiden Gehölze, entkrauten die Uferzone. Zum Beispiel. Und im Frühjahr und Sommer pflanzen sie tausende Farbtupfer. „Dann sind wir mit zwei Teams unterwegs.“

Der Handwagen ist leer. David Hübbe und Maik Soltow brauchen Nachschub. Welche Farben sie jetzt nehmen sollen? Schlossgärtner Ralph Schmalz hat den Überblick. In seiner Hand verzettelt sich der Burggarten in bunte Rechtecke, Tra-

peze, Dreiecke und Kreise. Gepflanzt wird nach drei Plänen, die alle zwei Jahre rotieren, sagt Schmalz. Und der Plan sagt: David Hübbe und Maik Soltow brauchen jetzt blaue Stiefmütterchen. Die 6.200 Blumen, die im Frühjahr gepflanzt werden, sind aber nur die halbe Blütenpracht. Die andere wächst aus 5.800 Zwiebeln, die im Herbst gesteckt wurden. Oben, auf der Südbastion, mischt Hardy Müller Gelb und Grün ins Beet. Für ihn ist die Arbeit auf der Schlossinsel nach drei Jahren in der Gartenbaugruppe inzwischen Routine. Auch privat gehe er gern hier spazieren. Zu sehen, dass den Besuchern das Ergebnis gefällt, sie es in ihren Kameras als Erinnerung mit nach Hause nehmen, mache ihn stolz. „Ich weiß ja, wie viel Arbeit drinsteckt.“

Apropos viel Arbeit: Die machte dem Trupp immer wieder der Papierkorb auf der kleinen Rasenfläche zwischen Schloss- und Drehbrücke. Kaum war der Bereich gereinigt, lag kurz darauf oft wie von Geisterhand wieder überall Müll verstreut. Bis sich herausstellte: Es sind Raben, die alles, was ihr Schnabel zu fassen bekam, aus dem Mülleimer zogen und fein unsäuberlich auf der Wiese verteilten. Jetzt wurde der Mülleimer abgebaut, so die Landtagsverwaltung. Den Burggarten zu pflegen, bedeutet für die Werkstattmitarbeiter jede Menge Handarbeit. Nicht nur beim Pflanzen. „Eine besondere Herausforderung ist der Rasen an der Sumpfyzypresse“, sagt Anja Möller. Die wächst ungefähr da, wo der große Landschaftsrahmen des polnischen Künstlers Kamil Kuskowski steht. Die Zypresse hat nämlich Luftwurzeln, also Wurzeln, die rings um den Baum wie kleine Stalagmiten aus der Erde herausragen. „Hier kommt kein Rasenmäher ran.“ Und auch dem Unkraut in der Ufersteinkante lässt sich nur mit Fingerfertigkeit zu Leibe rücken.

Nach drei Tagen ist es tatsächlich geschafft. Handgriff um Handgriff haben David Hübbe, Maik Soltow, Anja Kabas, Hardy Müller und die anderen den Frühling in den Burggarten getragen. Hier bleibt er bis zur ersten Juni-Woche. Dann kommt der Sommer ins Beet.



David Hübbe und Maik Soltow (r.) von den Dreescher Werkstätten tragen den Frühling in den Burggarten.



Ab ins Beet: Gruppenleiterin Anja Möller (l.), Hardy Müller und Anja Kabas machen die Südbastion frühlingsfein.

Fotos: Sylvia Kuska



- Am 8. März übergaben Lars Bergemann und Dr. Brigitte Würfel von der Bürgerinitiative zum Erhalt des Kreiskrankenhauses Wolgast e.V. 18.600 Unterschriften an Landtags-Vizepräsidentin Silke Gajek (r.). Die Bürgerinitiative will erreichen, dass die geschlossene Gynäkologie und Geburtshilfe sowie die Pädiatrie im Krankenhaus Wolgast wieder eröffnet werden. Wegen der Schließung mussten Schwangere und Eltern mit Kindern jetzt in das Krankenhaus Anklam oder nach Greifswald fahren.



- Direktorinnen und Direktoren sowie hochrangige Mitarbeiter aus neun deutschen Landesparlamenten, dem Bundestag sowie dem Bundesrat berieten auf Einladung von Landtagsdirektor Armin Tebben (3.v.l.) am 4. und 5. April im Schweriner Schloss zu „Chancen und Risiken des Internets“. Im Mittelpunkt stand die stetig wachsende Bedeutung des Internets für die Kommunikation zwischen politischen Institutionen und der Öffentlichkeit. Die Teilnehmenden diskutierten auch über die Sicherheit von Datennetzen, Rechtsfragen, die Nutzung Sozialer Medien, die Einbindung von YouTube-Videos in Dokumentationsdatenbanken sowie die Erfahrungen mit eigenen Wikipedia-Einträgen mit Parlamentsbezug.



- Mit seiner Aktion „Landtag vor Ort“ beteiligte sich der Landtag am 27. Februar am WIR-Aktionstag der überparteilichen Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ im Schweriner Schlosspark-Center. Mit einem bunten, abwechslungsreichen Programm warben 27 Vereine, Verbände, Initiativen und Organisationen für Demokratie, Toleranz und zivilgesellschaftliches Engagement. (v.l. Vizepräsidentin Silke Gajek, Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, Landtagsabgeordneter Jörg Heydorn sowie Mitarbeiterinnen der Landtagsverwaltung)

Am 17. März begrüßte Landtags-Vizepräsidentin Regine Lück (l.) gemeinsam mit dem Direktor des Landeskriminalamtes Ingolf Mager die Gewinner-Schulen des Wettbewerbs „Die Schule ist bunt“ im Schweriner Schloss. Schülerinnen und Schüler waren aufgerufen, interkulturelle Begegnungen zu initiieren und darüber zu berichten. Als besonders beispielhaft wurden die Beiträge der Regionalen Schule Satow, der Grundschule West Parchim sowie des Hortes der Halbtagsgrundschule „Altstadt“ aus Bergen geehrt. Der Wettbewerb, der bereits zum 15. Mal durchgeführt wurde, ist eine gemeinsame Initiative von Landeskriminalamt, Antenne MV, AOK Nordost, Landessportbund, Provinzial Nord Brandkasse sowie Landesmarketing MV.

